

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 6. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 21. Januar 2009
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
 Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
 Christoph Morat
 Heinz Giger
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Gäste: ---

Entschuldigt: Mathilde Oppliger, Rita Urscheler, Michel Mamie
 Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin

2/3-Mehrheit: 36 Anwesende = 24 (18.00 Uhr)
 37 Anwesende = 25 (18.54 Uhr)

Bereinigte Traktandenliste

1. **Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission**
 anstelle der zurückgetretenen Sarah Lorenz Borer, CVP-Fraktion,
 für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3819
2. **Wahl eines Ersatzmitgliedes in die Umweltkommission**
 anstelle der zurückgetretenen Sarah Lorenz Borer, CVP-Fraktion,
 für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3820
3. **Bericht des Gemeinderates vom 03. September 2008 betreffend
 Kinder- und Jugendzahnpflege: Teilrevision Reglement / überarbeiteter**

-
- | | | |
|----|---|-----------------|
| | Subventionsschlüssel, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger | Geschäft 3745 |
| 4. | Bericht der GPK vom 27. November 2008 betreffend
Prüfung der Leistungsberichte per 31.12.2007 | Geschäft 3780 C |
| 5. | Interpellation finanzielle Auswirkungen der Pensionskassenrevisionen,
Ursula Pozivil, FDP/GLP-Fraktion, vom 29.02.2008
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli | Geschäft 3770 A |
| 6. | Interpellation betreffend Allschwiler Wochenblatt,
Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 19.08.2008
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber | Geschäft 3798 A |
| 7. | Interpellation betreffend Tageskindergarten Allschwil,
Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion, vom 06.11.2008
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger | Geschäft 3808 A |
| 8. | Interpellation betreffend Feuerwehrmagazin,
Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP-Fraktion, vom 10.12.2008
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat | Geschäft 3815 |
| 9. | Postulat FDP/Grünliberale-Fraktion, betreffend Zusammenarbeit
des Bevölkerungsschutzes Allschwil – Schönenbuch mit Binningen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff | Geschäft 3805 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 6 vom 21. Januar 2009.

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates
Allschwil**

Felix Keller

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Felix Keller, Präsident: Sie haben sicher vernommen, dass am letzten Freitag Herr Markus Rudolf von Rohr verstorben ist. Herr Markus Rudolf von Rohr war während 34 Jahren in der Verwaltung der Gemeinde Allschwil tätig, zuletzt als Stellvertreter der Gemeindeverwalterin. Nach dem Ausscheiden von Herrn Andreas Weiss Mitte 2007 war Herr Markus Rudolf von Rohr auch für das Einwohnerratsbüro zuständig. Von September bis Dezember 2007 hat er also auf den Stuhl neben mir hier in diesem Saal Einsitz genommen, bevor ihn dann diese heimtückische Krankheit befiel. Wir vom Einwohnerratsbüro konnten daher leider nur kurze Zeit von seinem grossen Wissen profitieren. Ich möchte an dieser Stelle im Namen des Einwohnerratsbüros den Angehörigen unser Beileid aussprechen, und ich bitte sie, ihm Gedenken an ihn kurz aufzustehen. – Merci.

Am heutigen Abend möchte ich ganz speziell Herrn Lukas Brügger begrüßen. Er sitzt hier vorne in der Mitte. Er ist nachgerückt für Frau Sarah Lorenz, und ich heisse ihn hier in diesem Rat ganz herzlich willkommen.

Wir kommen zu den **Mitteilungen**:

Mit E-Mail per 9. Januar hat Herr Dr. Lucius Cueni seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben, und zwar nimmt er aus beruflichen Gründen einen Wohnortwechsel vor. Er gibt somit heute Abend seinen Abschied aus diesem Einwohnerrat. Lucius Cueni ist seit dem 1. Juli 1999 in diesem Saal tätig, und er war von Anfang an bis zum Juni 2008, also bis zum letzten Legislaturwechsel, in der VPK tätig. Trotz seines jugendlichen Alters sitzt er somit seit zehn Jahren in diesem Einwohnerrat und ist in der Rangfolge der Amtsältesten die Nummer 4. Es sind also nur drei Mitglieder länger als er in diesem Saal. Von dem her können wir dich mit guten Gewissen, obwohl wir dich nur sehr ungern gehen lassen, aus diesem Rat entlassen, und wir wünschen dir als ex-Allschwiler Einwohnerrat für deinen weiteren Lebensweg alles Gute. Die Nachfolge wird Herr Benedikt Gnos einnehmen. Er wird somit in der Sitzung vom Februar hier im Rat Platz nehmen.

Noch eine weitere Mitteilung: Das Büro des Einwohnerrats hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, das Geschäft Nr. 3797, Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil, der VPK zur Vorberatung zu überweisen, dies aufgrund der neuen Varianten, die der Gemeinderat unterbreitet hat. Das Geschäft wird – oder muss fast – in der Februar-Sitzung im Einwohnerrat behandelt werden.

Im Weiteren haben wir, der Einwohnerrat, eine Einladung erhalten vom Musikverein Concordia und vom Musikverein Schönenbuch. Ich lese es schnell vor: „Musig-Obe am 7. Februar 2009 – Sehr geehrte Damen und Herren, am Samstag, 7. Februar 2009, führen wir unseren Musig-Obe in der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse in Allschwil durch. Es freut uns ganz besonders, dass wir das Konzert wieder zusammen mit dem Musikverein Schönenbuch gestalten können. Unser Dirigent Andrin Höltschy führt Sie in die Zauberwelt bekannter Melodien. Wir öffnen unsere Türen um 19.00 Uhr. Konzertbeginn ist um 20.00 Uhr. Es würde uns freuen, eine Delegation des Einwohnerrates an unserem Konzert begrüßen zu dürfen. Die Delegationskarten liegen beim Eingang auf.“ Ich nehme an, die liegen anscheinend hier hinten auf.

Im Weiteren hat uns auch die Feuerwehr geschrieben. Sie lädt uns heute schon ein zur Hauptübung. Sie findet statt am 31. Oktober 2009.

Wir kommen zu den neuen parlamentarischen Vorstössen. Ich habe auf dem Tisch ein dringliches Postulat der SVP-Fraktion, Herr Josua Studer, „Parteienberichte auf der Website der Gemeinde Allschwil“. Herr Josua Studer, Sie haben das Wort zur Dringlichkeit.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Dieses dringliche Postulat reiche ich ein, damit wir es gerade zusammen mit dem Traktandum 6, „Interpellation betreffend Allschwiler Wochenblatt“, behandeln könnten. Das könnten wir in einem Aufwisch machen, daher die Dringlichkeit.

Felix Keller, Präsident: Für die Dringlichkeit braucht es 2/3-Mehrheit. Wir sind 36 Anwesende, daraus ergibt sich ein 2/3-Mehr von 24.

://:

Die Dringlichkeit wird fast einstimmig bejaht.

Felix Keller, Präsident: Es gibt ein zweites dringliches Postulat „Zum Kostenschlüssel des Tageskindergartens Allschwil“ von Frau Gabriela Huschke. Ich bitte um Begründung der Dringlichkeit.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Es ist ein wenig ähnlich wie das Vorherige. Wir haben auf unserer Traktandenliste die Nr. 7, die meine Interpellation betrifft. Es geht darum, die Antworten des Gemeinderates anzuschauen. Darum finde ich, auch dieses Postulat gehört in den heutigen Abend. Zusätzlich ist auch ein Zeitdruck gegeben. Denn ich möchte ja eigentlich das Konzept dieses Tageskindergartens abändern lassen, und der fängt im Sommer an. Das heisst, wir sind etwas im Zeitdruck. Dies ist meine Begründung, warum das heute Abend dringlich sein soll. Es gibt nur eine Vorlage per Folie. Es gibt keine Tischvorlage dazu.

://:

Die Dringlichkeit wird mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit bejaht.

Felix Keller, Präsident: Ich habe einen weiteren Vorstoss der SVP-Fraktion, Postulat von Josua Studer, „TV-Auftritt der Gemeinde Allschwil“. Herr Studer, wünschen Sie das Wort?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Das erste war dringlich, das zweite ist weniger dringlich. Aber es wird wahrscheinlich in naher Zukunft wichtig werden. Deshalb habe ich jetzt schon einmal vorgegriffen. Eini- ges werden wir wohl schon hören bei der Beantwortung der Interpellation zum AWB in Traktandum 6.

Felix Keller, Präsident: Das nächste ist ein Postulat ebenfalls von der SVP-Fraktion, von Herrn Michel Mamie, betreffend „Nutzung und Eingangsmöglichkeit in das Gebäude der Gemeindeverwaltung“. Herr Michel Mamie, wünschen Sie das Wort? – Er ist nicht anwesend. Herr Josua Studer?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Herr Mamie kommt etwas später; er ist noch an der Arbeit. Er wollte eigentlich selber nicht viel dazu sagen. Er findet, die schriftliche Begründung sei aussagekräftig genug.

Felix Keller, Präsident: Damit sind die neuen Vorstösse abgeschlossen. Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt wurde. Ist der Einwohnerrat damit einverstanden, dass wir nach dieser Traktandenliste verfahren? – Das ist der Fall. Die Traktandenliste ist folglich genehmigt.

404 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission anstelle der zurückgetretenen Sarah Lorenz Borer, CVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3819

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Frau Mathilde Oppliger vor.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Besteht Einverständnis mit stiller Wahl? Das ist der Fall.

://:

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, ist in stiller Wahl als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

405 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

**Wahl eines Ersatzmitgliedes in die Umweltkommission
anstelle der zurückgetretenen Sarah Lorenz Borer, CVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3820**

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Lukas Brügger vor.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Besteht Einverständnis mit stiller Wahl? Das ist der Fall.

://:

Lukas Brügger, CVP-Fraktion, ist in stiller Wahl als Mitglied der Umweltkommission gewählt.

406 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

**Bericht des Gemeinderates vom 03. September 2008 betreffend
Kinder- und Jugendzahnpflege: Teilrevision Reglement / überarbeiteter
Subventionsschlüssel, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Heinz Giger, Geschäft 3745**

Felix Keller, Präsident: Ich weise darauf hin, dass dies die 2. Lesung ist. Sie haben einen neuen Subventionsschlüssel ausgeteilt bekommen.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Der Einwohnerrat hat an der Oktobersitzung die erste Lesung des Reglements Kinder- und Jugendzahnpflege plus Subventionsschlüssel behandelt. Das Fazit war: Die neue kantonale Steuergesetzgebung beeinflusst den vorgeschlagenen Subventionsschlüssel. Diese Erkenntnis wurde von Ihrer Seite, vom Einwohnerrat her, durch den Fall eines Betroffenen mit vier Kindern untermauert. Im Hinblick auf die zweite Lesung, also auf heute, hat der Gemeinderat die Klärung des Sachverhalts in Aussicht gestellt. Das hat er auch getan. Der Gemeinderat hat erkannt, dass sich die Steuergesetzgebung in Bezug auf die Subventionsberechtigung in der Tat nachteilig auswirkt. Es werden also weniger Menschen subventionsberechtigt. Der Gemeinderat schlägt Ihnen heute für die 2. Lesung folgende Anpassungen, bzw. Änderungen des Subventionsschlüssels vor. Es geht darum, eine familienfreundliche Anpassung vorzunehmen, und es geht um die Änderung der Formulierung betreffend die Indexanpassung. Meine Ausführungen möchte ich folgendermassen darlegen: Ich beantworte zuerst die Fragen aus der 1. Lesung. Dann gebe ich Ihnen eine Kurzübersicht über die Subventionierungspraxis der Gemeinde Allschwil bis heute. Dann möchte ich Ihnen gerne den Vorschlag „2. Lesung familienfreundliche Anpassung“ anhand eines Beispiels einer Familie mit zwei Kindern unterbreiten. Ich gehe weiter und möchte Ihnen etwas sagen zu einer allfälligen Übergangslösung. Dann kommt die Änderung der Formulierung betreffend Indexierung, die ich Ihnen unterbreite. Am Schluss komme ich zu den Anträgen.

Ich komme nun als Erstes zur Beantwortung der Fragen, die in der 1. Lesung gestellt wurden.

Herr Siro Imber fragte, wie es sich verhält, wenn ein Suva- oder Unfallversicherungsfall vorliegt; ob dann auch die Gemeinde die Rechnungen subventioniere. Sie sehen, eine Rechnung geht direkt vom Zahnarzt an die Versicherung. Herr zukünftiger Jungjurist, ist alles klar?

2. Frage, von Herrn Kurt Kneier: „Hat man zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Schlüssels von der Steuer-gesetzgebung gewusst?“ – Ich sage dazu, man hat es nicht realisiert. Wissen hätte man es ja können; das Gesetz solle man ja eigentlich kennen. Aber ich habe es nicht realisiert. Daher an die CVP: Mea maxima culpa!

Die 3. Frage, bzw. Anregung von Herrn Stephan Wolf lautete, es solle doch bitte nochmals abgeklärt werden, ob es eine Anpassung braucht. Das ist abgeklärt worden und ist Gegenstand dieser heutigen 2. Lesung.

Ich gebe Ihnen jetzt einen Überblick über die Subventionspraxis der Gemeinde Allschwil. Es gibt eine gesetzliche Grundlage, das ist das Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz, SGS 902 vom 29. September 1996. Dort steht: „An die Behandlungskosten für subventionsberechtigte Massnahmen leisten der Kanton und die Gemeinde je ein Sechstel.“ Das hat der Kanton getan, er hat immer ein Sechstel gezahlt. Und die Gemeinde Allschwil hat immer mehr gezahlt, und zwar hat sie deutlich mehr als ein Sechstel ausgezahlt. Mit dem angepassten Schlüssel geht sie jetzt näher an diese Sechstel-Grenze, ist aber immer noch ein wenig darüber. Das macht nichts.

Ich komme jetzt zum Kernpunkt der 2. Lesung, nämlich einer familienfreundlichen Anpassung des Subventionsschlüssels. [Folie] Ich möchte vorausschicken, dass das Beispiel mit zwei Kindern auch für alle anderen Einkommensklassen gilt. Es geht nur um ein System, das wir angeschaut haben. Hier auf der linken Seite sehen Sie, was vor dieser Steuergesetzgebung passiert ist. Ein Einkommen von Fr. 75'000 wurde beim ersten Kind mit Fr. 5'000, bei einem zweiten Kind mit nochmals Fr. 5'000 vermindert. Dann hatte man noch ein steuerbares Einkommen von Fr. 65'000. Dadurch war man in der Subventionsliga und bekam 5 % Subvention. Nach der Steuergesetzrevision hatte man beim gleichen Einkommen keinen Abzug für ein Kind, für ein zweites Kind auch keinen Abzug, und blieb somit bei den Fr. 75'000 Einkommen. Das heisst, man fiel aus der Subventionsberechtigung heraus. Das ist das, worüber wir letztes Mal sprachen.

Mit der jetzt vorgeschlagenen Lösung wird der Wegfall des früheren Kinderabzuges von Fr. 5'000 pro Kind wieder ausgeglichen. Der Gemeinderat schlägt Ihnen also – par exemple – vor, um diese Prozente wieder hinüberzugehen, und zwar von den unteren bis zu den oberen Einkommen, so dass wir wieder am gleichen Ort sind wie vorher. Das kostet die Gemeinde voraussichtlich rund 10'000 Franken mehr als der Vorschlag, den wir in der 1. Lesung machten. Ich gestatte mir den Hinweis, dass diese Lösung eine Tatsache unberücksichtigt lässt, nämlich die, dass die nun wieder Subventionsberechtigten vom Steuerbetrag, den sie letztlich zahlen müssen, für jedes Kind zusätzlich noch Fr. 750 abziehen können. Der Gemeinderat unterstützt also in hohem Masse eine familienfreundliche Anpassung. Und ich gehe davon aus, dass das auf diesen zwei Säulen hier erkennbar ist.

Nun sage ich Ihnen gerne etwas zur Übergangslösung. [Folie] Eine Übergangslösung, wie Sie sie sich auch schon im Ansatz vorstellen konnten, lehnt der Gemeinderat aus folgenden Gründen strikte ab; er wendet sich also ausgesprochen dagegen. Wenn Sie eine Übergangslösung befürworten würden, so wäre diese Regelung rückwirkend auf zwei Jahre. Also ein Inkrafttreten per 01.01.09 geht ja nicht mehr. Zweitens: Die Konsequenz wäre, dass wir pro Jahr etwa 2'400 Rechnungen, auf zwei Jahre gesehen also 4'800 Rechnungen, nochmals berechnen müssten. Also bedingt durch die tiefer ausgefallenen Rechnungen müsste man bei alten Rechnungen sehen, was verrechnet werden kann und Guthaben übertragen oder zurückerstatten. [Folie] Das würde bedeuten, dass wir einen ungewöhnlichen Verwaltungsaufwand in Gang setzen müssten. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das unverhältnismässig wäre und mit einem ökonomischen Umgang mit Steuergeldern nicht vereinbar wäre. Wir haben die Personalressourcen nicht. Dann kommt auch noch der Kanton dazu, der die Rechnungen, die wir neu berechnen, auch nochmals überprüfen müsste. Ich bitte Sie namens des Gemeinderates, einer Übergangslösung nicht zuzustimmen.

Nun komme ich zum letzten Teil, das ist die Änderung der Formulierung bezüglich der Indexierung. [Folie] In der 1. Lesung stand da „man kann“, und es hatte weniger Indexpunkte. In der Formulierung, die Ihnen der Gemeinderat jetzt vorschlägt, heisst es „... werden die Subventionierungen massgebend“. Und damit man nicht irgendeinen verquetschten Betrag erhält, sondern dass man bei der kumulierten Teue-

rung auf 1000 Franken aufrundet. Warum „werden“? Das ist ein ganz einfacher Satz: Wenn man „kann“, tut man es nicht wirklich, und wenn da steht, „es wird gemacht“, dann wird es auch gemacht.

Ich komme zum Schluss und bitte Sie, im Sinne der Anträge aus dem Bericht an den Einwohnerrat, Seite 6, zu beschliessen.

Felix Keller, Präsident: Das weitere Vorgehen ist jetzt so: Herr Armin Bieri wird nachher die einzelnen Paragraphen aufrufen. Dann haben Sie Gelegenheit, zu den einzelnen Paragraphen noch ein Votum abzugeben. Ich frage aber jetzt zuerst an, ob es noch Voten zum Allgemeinen gibt?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben den neuen Verteilungsschlüssel nachgerechnet und empfehlen ebenfalls Zustimmung. Uns ist noch aufgefallen, dass die gleiche Problematik auch beim Musikschul-Subventionsschlüssel besteht. Den haben wir an und für sich schon verabschiedet. Aber trotzdem würden wir dem Gemeinderat empfehlen, auch dort über eine Anpassung nachzudenken.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Heinz Giger hat mich persönlich angesprochen. Heinz Giger, ich möchte dir herzlich danken für diese Ausführungen. Und entschuldigen musst du dich hier drinnen gar nicht. Auch ich habe geschlafen, auch ich hatte es bei der Vorlage nicht bemerkt. Also ich denke: Wir verteilen keine Schwarzen Peter, und dann müssen wir uns auch nicht entschuldigen. Vielen Dank für die Ausführungen und für die Abklärungen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Wir hatten uns ja letztes Mal zu dem Ganzen geäußert, weil es an sich nicht sehr sinnvoll ist, vom steuerbaren Einkommen auszugehen. Denn beim steuerbaren Einkommen sind alle Abzüge schon drin. Dazu werden wir dann auch noch einen Antrag stellen. Wenn da nun angesprochen wurde, dass wir auch andere Subventionsschlüssel haben, die noch nicht angepasst wurden, dann muss man aber generell schauen, dass man nicht mehr nach dem steuerbaren Einkommen geht, sondern nach dem Nettoeinkommen, und dass man dann die entsprechenden Anpassungen macht. Die Begründung kommt dann im Zusammenhang mit unserem Antrag. Wichtig ist einfach, dass man die Problematik dieser Subventionsschlüssel sieht, wenn man sie vom steuerbaren Einkommen abhängig macht und nicht vom Nettoeinkommen.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur eigentlichen 2. Lesung dieses Geschäfts. Herr Armin Bieri wird jetzt die einzelnen Paragraphen herunterlesen. Wir fangen an bei § 3, denn die Paragraphen 1 und 2 ändern sich ja nicht.

[**Armin Bieri**, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Paragraphen auf, **Ursula Pozivil**, 1. Vizepräsidentin, stellt die Wortmeldungen fest.]

§ 3, Administrative Belange

keine Wortmeldung

§ 4, Aufgaben der Eltern

keine Wortmeldung

§ 6, Subventionsschlüssel

keine Wortmeldung

§ 7, Festsetzung des Subventionsansatzes

keine Wortmeldung

§ 8, Zahlungsfrist

keine Wortmeldung

§ 9, Abrechnung der Zahnärzte und Zahnärztinnen

keine Wortmeldung

§ 10, Verwaltungsgebühren
keine Wortmeldung

§ 10 bis, Rechtsmittel
keine Wortmeldung

§ 11 Aufhebung bisherigen Rechts
keine Wortmeldung

§ 12, Inkrafttreten
keine Wortmeldung

Anhang: Subventionsschlüssel

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wie Herr Siro Imber bereits sagte, sind wir von der FDP/GLP-Fraktion der Meinung, dass das massgebende Jahreseinkommen, das ja die Basis für den Subventionsschlüssel darstellt, nicht optimal gewählt ist, und zwar aus folgendem Grund: Jetzt ist es so, dass es auf dem steuerbaren Einkommen basiert. Wir finden aber, dass man hier nicht alle Abzüge auf dem Nettoeinkommen zulassen sollte. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, beim Subventionsschlüssel ganz unten folgende Ergänzung vorzunehmen: „Bei der Berechnung des massgebenden Jahreseinkommens werden Abzüge vom Nettoeinkommen bis maximal Fr. 20'000 zugelassen.“ Lassen Sie mich dies ganz kurz erklären: Bei den Abzügen sind beispielsweise Säule 3a-Einzahlungen möglich, es ist möglich, dass man Hausrenovationen, den Umbau von Küchen usw. in Abzug bringt. Es ist auch möglich, dass man hohe Pensionskasseneinzahlungen in Abzug bringt. Das alles sind Abzüge, die ja eigentlich Zeichen einer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind. Das heisst, dass Leute, die hohe Abzüge vornehmen können, eigentlich auch in der Lage wären, diese Zahnarztkosten selber zu übernehmen. Darum sind wir der Meinung, dass man die Abzüge beschränken müsste bei der Berechnung des massgebenden Jahreseinkommens, das letztendlich Basis für den Subventionsschlüssel ist. Wir sehen natürlich auch, dass dies ein kleiner zusätzlicher Aufwand sein wird bei der Überprüfung dieser Rechnungen. Wir sind der Meinung, dass die Einsparung dies wahrscheinlich um ein Mehrfaches wettmachen wird. Darum beantragen wir, dass man diese Ergänzung vornimmt, und ich bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ich kann gut nachvollziehen, was Herr Mollat sagt. Aber wenn Sie ein steuerbares Einkommen von Fr. 75'000 nehmen bei jemandem, der drei oder sogar vier Kinder hat – da bin ich mir nicht so ganz sicher, ob das jemand ist, der ein Haus hat, an dem er für 10-, 15- oder 20'000 Franken Renovationen vornehmen und das vom Einkommen abziehen könnte. Das ist jetzt laut gedacht von mir. Die Idee selber kann ich nachvollziehen. Aber ich möchte den Einwohnerrat ermuntern, dem Antrag nicht zu folgen. Und zwar aus einem anderen Grund: Wenn wir das jetzt bei allen Subventionsschlüsseln, die wir haben, einführen, dann passiert das Gleiche, oder zumindest etwas Ähnliches, wie ich es Ihnen vorhin bei der Übergangslösung sagte. Dann fangen wir an, einen Apparat aufzubauen, der das machen muss. Bei allen eingehenden Rechnungen muss man das kontrollieren. Und ich sagen Ihnen, es sind 2'400 Rechnungen im Jahr, die man bei der Steuerverwaltung abklären muss: Ist die Abzugsberechtigung da, weil jemand in die Pensionskasse einbezahlt hat? Oder hat er Renovationen am Haus gemacht? Ich bin überzeugt, dass wir keinen Gewinn davon haben werden, wenn wir das einführen würden. Die Idee ist für mich nachvollziehbar. Aber unter dem Strich haben wir durch das, was wir an Personalressourcen brauchen, um es realisieren zu können, keinerlei Gewinn davon. Aber vielleicht geht es ja bloss um eine Idee dergestalt, dass man sagt: Du hast das nicht zugute, wenn du es dir leisten kannst, ein Haus zu renovieren. Da, würde ich sagen, haben Sie mich als Sozialdemokrat jetzt auf dem linken Fuss erwischt – und vielleicht war das auch die Absicht. Aber ich würde die Sache dort ansiedeln, wo sie meiner Ansicht nach hingehört, nämlich: Kann die Gemeinde das mit dem Effekt, den Sie sich wünschen, umsetzen – oder ist es eine Idee? Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Antrag abzulehnen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Da ja die entsprechende Stelle bei der Steuerverwaltung das sowieso anschauen muss, ist es ein Rechenschritt mehr. Und da es wahrscheinlich eine Tabelle gibt, nimmt man einfach alle Abzüge weg bis zu Fr. 20'000. Also ich kann mir nicht vorstellen, dass das ein riesiger Mehraufwand ist. Aber es geht wirklich um den Gerechtigkeitsgedanken: Wieso soll einer, der vielleicht wirklich ein sehr gutes Einkommen hat, dann sein Haus umbaut und sich in die 3. Säule einkauft, auch noch von der Gemeinde subventioniert werden auf Kosten derer, die es schlussendlich wirklich nötig hätten. Natürlich sehen die auf den ersten Blick nicht mehr von dem Geld. Aber schlussendlich fehlt es in der

Gemeindekasse. Und dann sollten wir es für die ausgeben, bei denen es eine gute Wirkung hat, und nicht für solche, die sich eine neue Küche einbauen.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Gestatte mir, mich zu wiederholen: Jemand mit einem sehr guten Einkommen kommt nicht in den Genuss von Subventionen bei diesem Subventionsschlüssel. *[Zwischenruf]* Nein. Jemand, der sehr gut verdient, kommt nicht in den Genuss von Subventionen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich staune doch auch immer wieder, dass sämtliche Kontrollmechanismen, die aus dem Einwohnerrat gefordert werden, immer einschlägig abgetan werden: Nein, nein, da kommt niemand, der ungerechterweise eine Subvention möchte. Das war damals bei der Tagesstätte. Es ging dann weiter bei dem ebenfalls angesprochenen Subventionsreglement Musikschule. Dort hatten wir ja ein grosses Problem, wie das berechnet werden soll, damit es eine gerechte Sache ist; und wir sahen dort ganz klar, dass es möglich ist, dass Leute mit einem super Einkommen zu Subventionen kommen können, wenn sie es schlaue anstellen. Jetzt sind wir schon bei der nächsten Fortsetzung, das mit der Zahnpflege. Und das Musikschulreglement hätte ja die Grundlage dafür sein sollen, dass wir das Zahnpflege-reglement gut umsetzen können. Wir sehen jetzt bereits, dass das schon wieder Probleme gibt. Und es war auch dort, als man sagte, man solle beispielsweise einmal die Sozialhilfebezüger einmal ein wenig kontrollieren mit einem Detektiv, da hiess es auch: Das ist nicht nötig. Es ist einfach komisch, man kann die Presse konsultieren, man kann Gespräche führen, man hört immer wieder, was derartige Kontrollen bringen. Es heisst immer, der Verwaltungsaufwand ist gross, das kostet einen Haufen Geld. Aber halten wir doch bitte einmal fest, wie viel Geld man sparen könnte, wenn es reell zugeht. Es mag sein, dass es jetzt vielleicht gerade keine solchen Leute hat, die das unnützlich beziehen. Aber man muss ja auch eine Abschreckung machen. Man muss auch zeigen: Halt, Achtung! Und es ist nun einfach einmal so, es hat genug Leute, die sich Häuser leisten können, auch wenn sie drei Kinder haben. Das heisst nicht, wenn man drei Kinder hat, ist man arm; aber wenn man es schlaue macht, hat man eine gute Steuerrechnung; dann muss man nicht viel zahlen und kann auch noch Subventionen beziehen. Und deshalb finde ich, der Antrag der FDP ist unterstützungswürdig.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: 70'000 Franken als steuerbares Einkommen – tönt gut. Geteilt durch 5 Personen ist es ein wenig anders. Wenn nun jemand, wie Herr Imber sagte, ein Haus hat – haben darf, wie auch immer er dazu gekommen ist – und dort Geld hineinsteckt, dann hilft er damit auch der Wirtschaft. Da müsste es in der heutigen Zeit bei euch drüben eigentlich „klingeling“ machen. Also sagen wir ganz einfach: Er hat investiert. Doch, er hat investiert. Wenn nun natürlich Kinder da sind, was macht diese Person dann? Sagt er, wir reduzieren nun die Musikschule oder sonst etwas – oder lassen wir das möglichst gut für die Kinder weiterlaufen? Es geht ja nicht um die grossen Einkommen. Es geht genau um diese Schlüsselstelle. Und dass es auch ungerechte Nutzniesser gibt – die gibt es überall, in jedem Sektor, in dem wir mit Menschen zusammenarbeiten. Und aus meiner Erfahrung kann ich nur eines sagen: Schlitzohren hören immer mehr als wir.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich räume auch ein, dass es sicher Leute gibt, die Subventionen unberechtigterweise beziehen. Wenn wir es aber vom Steuergesetz her anschauen, gibt es auch bei den Steuern Leute, die unberechtigterweise zu wenig zahlen. Also müssen wir es nicht noch auf eine zweite und dritte Stufe abwälzen. Dann ist es richtig: Ich habe auch einmal die Küche umbauen lassen. Das mache ich aber nicht jedes Jahr. Und zudem denke ich, muss man das auch anschauen im Verhältnis zu diesen 2'400 Rechnungen. Wenn wir zehn oder zwanzig Leute haben, die das unberechtigterweise beziehen, dann würde ich der Gemeinde recht geben: Wenn man jemanden anstellen müsste, der das kontrolliert, dann stimmen Aufwand und Ertrag leider nicht. Denn was man einspart, gibt man wieder aus für die Personen, die es kontrollieren müssen. Wir kennen das aus anderen Bereichen, und dort muss ich einfach sagen: Es ist zwar richtig, dass man zwischendurch kontrolliert, und dafür haben wir auch Leute. Aber es generell zu machen, wäre ein Verhältnisblödsinn.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Wenn man sich das jetzt anhört, es hat jemand ein Haus, er kann etwas abziehen, dann sollte man eigentlich auch wissen, dass man das nicht jedes Jahr tun kann. Nicht nur umbauen, sondern auch die Abzüge kann man nicht jedes Jahr geltend machen. Man kann auch nicht von 100'000 Franken einfach Abzüge machen, das ist auch begrenzt. Und wie Jacques Winter schon sagte, oder Andreas Bammatter, man baut nicht jedes Jahr um, und je nachdem spart sich eine Familie das auch vom Mund ab. Man geht nicht in die Ferien. Man macht wirklich eine minutiöse Rechnung. Auch

bei der Pensionskasse: Da fehlt vielleicht jemandem Geld drinnen, das er später nicht hätte, wenn er pensioniert ist; er spart es sich jetzt auch vom Mund ab, geht auch zwei, drei Jahre nicht mit den Kindern in die Ferien. Da muss man doch sagen: Der tut ja etwas. Der, der das wirklich so zahlen kann, der wirklich sagen kann, ich gebe das Geld aus, der sich vielleicht sogar ein teures Auto leisten kann, der kommt wirklich nicht in den Genuss dieser Subvention. Und die unter den 2'400 Rechnungen, von denen die Rede war, kann man vielleicht an einer Hand abzählen. Sonst müssen wir jede Rechnung so minutiös anschauen, und in die Haushaltungen hineinschauen, wo sinnlos Geld ausgegeben wird. Aber da wird, glaube ich, der Aufwand höher als der Ertrag, den man herausholen könnte. Auch ich möchte daher empfehlen: Lehnen Sie das bitte ab.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Nach geltendem Steuergesetz kann man Sparen 3a abziehen, man kann diesen Liegenschaftsunterhalt abziehen, und ich glaube nicht, dass dies hier der Moment ist, daran eine Korrektur vornehmen zu wollen, wonach man das nicht mehr tun dürfen soll, nur wegen dieses Subventionsschlüssels. Also ich bitte Sie auch, das Ansinnen der FDP abzulehnen.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ich möchte gern Herrn Stephan Wolf noch eine Antwort geben. Selbstverständlich haben wir auch gesehen, dass man auf den Musikschul-Subventionsschlüssel, der beschlossen ist, wird zurückkommen müssen. Dass man für alle bestehenden Subventionsschlüssel eine Auslegeordnung machen muss, was in Bezug auf die Steuerreform getan werden müsste, ist selbstverständlich. Dann eine allgemeine letzte Bemerkung: Schlitzohren, die subventioniert werden, gibt es keine, weder bei der Musikschule, noch bei den Zahnarztrechnungen. Da gibt es Steuerunterlagen, und die schauen wir an, und die Leute müssen die Rechnung bringen, und die wird kontrolliert. Und wenn Sie wüssten, um was für Beträge es da geht, würden Sie nie mehr mit mir darüber reden, was für eine Wahnsinnbedeutung das hat. Bei diesen Subventionen geht es um ganz kleine Beträge.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte ganz kurz noch zu bedenken geben: Man kann nicht jeden Umbau, oder gar einen luxuriösen Umbau an einer Liegenschaft von der Steuer abziehen. Von der Steuer abziehen kann man nur den reinen Unterhalt. Also wenn zum Beispiel die Heizung aussteigt und man sie erneuern muss – und das reißt sowieso ein Riesenloch in ein Familienbudget. Und wenn die jetzt quasi noch damit „bestraft“, dass sie nicht mehr in den Genuss einer Subvention für die Zahnpflege kommen, dann finde ich das auch nicht richtig.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Wir von der SVP finden das Anliegen grundsätzlich gut. Man muss schon schauen, dass kein Missbrauch entsteht. Aber wir folgenden doch der Meinung des Gemeinderates, dass es unverhältnismässig wäre. Wir lehnen das daher ab.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Sachantrag. Wir sind 36 Stimmberechtigte. Wer dem Sachantrag der FDP zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

:::

Der Sachantrag der FDP wird mit 23 Nein, bei 9 Ja und 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Felix Keller, Präsident: Gibt es noch weitere Voten zum Anhang Subventionsschlüssel? – Das ist nicht der Fall, Damit ist die 2. Lesung abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates, S. 6 des Berichts Nr. 3745. Es sind zwei Anträge.

<p>Antrag 1: Das teilrevidierte Kinder- und Jugendzahnpflegereglement, Beil. 1, und der dazugehörige überarbeitete Subventionsschlüssel für die Kinder- und Jugendzahnpflege, Anhang 1, Beil. 2, werden genehmigt.</p>

:::

Grossmehrheitliche Zustimmung

Antrag 2: Reglement und Subventionsschlüssel werden nach Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft per 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt.

://:

Grossmehrheitliche Zustimmung

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung. Wer das Geschäft abschliessen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Grossmehrheitlich

407 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4
Bericht der GPK vom 27. November 2008 betreffend
Prüfung der Leistungsberichte per 31.12.2007, Geschäft 3780 C

Andreas Bammatter, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Es ist Usanz, dass die GPK jährlich stichprobenweise die Leistungsberichte untersucht. Von der GPK der letzten Legislatur hat die jetzige GPK noch die Leistungsberichte aus dem Jahr 2007 – namentlich Strassenwesen und öffentliche Beleuchtung, Versicherungswesen und Zivilschutz – zur Prüfung übernommen. Die GPK konnte feststellen, dass bezüglich der Darstellung der Indikatoren weitere Schritte in Richtung guter Lesbarkeit erfolgt sind. Dennoch empfehlen wir ein weiteres Mal, die Indikatoren mittelfristig generell zu überdenken, und nach Sinn und Zweck, bzw. Detaillierungsgrad zu überprüfen. Ein paar wenige ergänzende Worte zu den untersuchten Leistungsberichten:

Alle Detailfragen wurden einzeln beantwortet und mittels Unterlagen dokumentiert. Das betrifft auch die in den Leistungsberichten ausgewiesenen Abweichungen in den Plan- und Rechnungswerten. Als Beispiel nenne ich die von der GPK festgestellte Auffälligkeit bei der Datenerhebung im Zivilschutz unter Referenz „Angehörige in der Reserve“. Die Gemeindevorwallerin Frau Steiner hat die GPK ausführlich informiert und über die Datenerhebung bei den Zivilschutzangehörigen, die mittels einer speziellen Software ausgewertet wird, informiert. Bei der Herleitung der Bestandeszahlen sind im Leistungsbericht 2006 Fehler unterlaufen, die dann zu etwas verzerrten Werten führten. Um das jetzt sicherzustellen, wird zukünftig die korrekte Herleitung der Bestandeszahlen so erfolgen, dass verwaltungsintern eine Checkliste erarbeitet wurde und abgehandelt wird. Das hat die GPK wohlwollend zur Kenntnis genommen. Wir werden das sicher auch in den nächsten Jahren überprüfen. Ich kann somit feststellen, dass die GPK umfassend informiert wurde und sich ein gutes Bild über den Inhalt der einzelnen Positionen machen konnte. Wir danken an dieser Stelle der Gemeindevorwallerin Frau Steiner und Herrn Rechsteiner für die detaillierten Ausführungen. Und abschliessend danke ich selbstverständlich auch allen Beteiligten von der GPK ganz herzlich für ihr Engagement.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Zuerst besten Dank für den Bericht. Wir haben ihn mit Interesse zur Kenntnis genommen. Er ist sachlich und hat mich sehr zufriedengestellt. Zwei Punkte, die ich schnell ansprechen möchte: Das sind die allgemeinen Feststellungen, die du, Andreas Bammatter, vorhin schon im Namen der Kommission erwähntest, bezüglich Aussagekraft und Detaillierungsgrad. Dem Gemeinderat ist klar, dass wir einen hohen Detaillierungsgrad haben in den Produkt-Kosten/Leistungsrechnungen und auch in den Leistungsberichten. Und wir haben uns im Seminar zu Handen des strategischen Massnahmenplanes, den wir erarbeitet haben, Gedanken gemacht, wie wir dem Thema nachgehen können; und wir werden eine Projektorganisation auf die Beine stellen, um die einzelnen Produkte und die damit

verbundenen Indikatoren zu überprüfen. Da das gut tönt, aber letztendlich politisch eine recht schwierige Aktion ist, wird auch der Einwohnerrat daran mitarbeiten dürfen oder müssen. Denn letztendlich geht es darum: Ein hoher Detaillierungsgrad ist heute ein wenig schwierig, da er viel Arbeit verursacht. Wenn man aber mit dem Detaillierungsgrad heruntergeht, hat man natürlich auch weniger Aussagen zu einem einzelnen Produkt oder zur einzelnen Leistung. Es hat also Vor- und Nachteile. Und diese Vor- und Nachteile gilt es nachher wieder seriös gegeneinander abzuwägen, damit wir wieder ein Produkt haben, mit dem alle zufrieden sind. Die enge Zusammenarbeit mit dem Einwohnerrat ist für mich auch deshalb wichtig, weil wir das ganze Thema miteinander erarbeitet haben. Das ist allerdings schon ein paar Jahre her. Ich weiss nicht, ob Lucius Cueni damals schon dabei war – ich glaube schon. Und damit denke ich aber, ist im jetzigen Zeitpunkt schon die Gelegenheit wahrzunehmen, einmal daranzugehen.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung. Gibt es Voten zum allgemeinen Geschäft?

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Die FDP/GLP-Fraktion hat den Bericht zur Kenntnis genommen und möchte an dieser Stelle der GPK und allen anderen Personen, die daran mitgearbeitet haben, danken.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung der einzelnen Abschnitte. Herr Armin Bieri wird die einzelnen Abschnitte aufrufen, und Sie haben Gelegenheit, sich dazu zu äussern.

1. Ausgangslage
keine Wortmeldung

2. Prüfungsumfang
keine Wortmeldung

3. Vorgehen
keine Wortmeldung

4. Ergebnis der Prüfung
keine Wortmeldung

5. Antrag
keine Wortmeldung

Felix Keller, Präsident: Damit kommen wir schon zur Abstimmung über den Antrag der GPK:

<u>Antrag:</u> Vom vorliegenden Bericht der GPK wird Kenntnis genommen
--

:::
Einstimmig

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft.

:::
Einstimmig

Traktandum 5
Interpellation finanzielle Auswirkungen der Pensionskassenrevisionen,
Ursula Pozivil, FDP/GLP-Fraktion, vom 29.02.2008
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3770 A

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Departement Steuern – Finanzen: Ich denke, die gestellten Fragen in diesem Zusammenhang sind umfassend beantwortet worden, so dass es von meiner Seite im Moment keine weiteren Ausführungen braucht. Ich bin aber sicher bereit, wenn es weitere Fragen geben sollte, zumindest zu versuchen, sie zu beantworten.

Felix Keller, Präsident: Ich frage die Interpellantin an, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Ursula Pozivil, FDP/GLP-Fraktion: Vielen Dank für den Bericht. Aber ich bin noch nicht ganz zufrieden. Es ist einfach schade, dass man nicht schon jetzt neue Arbeitsverträge mit Beitragsprimat bei der Pensionskasse macht. Damit wird sich das kommende Problem einfach immer wieder verschieben, vor allem wird es immer weniger Zahlende auf immer mehr Pensionierte geben. Und dieses Problem wird sich einfach nicht von selber lösen.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich denke, man muss einfach sehen, dass wir da einen zusätzlichen Schuldenberg vor uns herschieben. Denn es wird in der Beantwortung schon gesagt, es bestehe eine Staatsgarantie. Aber die Staatsgarantie des Kantons greift erst, wenn Allschwil pleite ist. Ich hoffe zwar, das tritt nicht ein. Aber mit anderen Worten müsste man korrekterweise in der Rechnung jeweils sagen, was für Verbindlichkeiten wir da bei der Pensionskasse haben, und man müsste das jeweils transparent machen. Und ich möchte das einfach anregen, dass man das bei der Rechnung jeweils ausweist, welche Unterdeckung besteht, und was das absolut ausmacht. Wir haben da ja nun gelesen, es seien 4.5 Millionen, Lehrpersonen nicht eingerechnet. Ich weiss nicht genau, wie sehr Allschwil da in die Pflicht genommen werden könnte. Aber ich denke, es ist wichtig, dass, wenn wir die Finanzlage von Allschwil betrachten, dies auch als einen sehr wichtigen Punkt ansehen, der irgendwann einmal auf uns zukommen wird.

Felix Keller, Präsident: Gibt es noch weitere Voten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Traktandum Nr. 5 abgeschlossen.

409 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6
Interpellation betreffend Allschwiler Wochenblatt,
Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 19.08.2008
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3798 A

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich bin froh, Ihnen zum Allschwiler Wochenblatt ein paar Antworten geben zu dürfen. Herr Josua Studer hat ja aus dem Vollen geschöpft, und ich nehme mir die Freiheit, das jetzt auch zu tun. Ich beantworte Ihnen die Fragen wie folgt:

Frage 1, Wechsel der Bezeichnungen im Allschwiler Wochenblatt. Zuerst muss man einmal wissen, dass es die Allschwiler Wochenblatt AG als solche nicht mehr gibt. Wir haben heute die LV Lokalzeitungen Verlags AG, bei der Birsfelden, Allschwil, Muttenz, Pratteln usw, auch Reinach, mitmachen. Und das ist schon seit einiger Zeit so der Fall, nämlich seit 2006. Dann haben wir auch die neue Benennung im Allschwiler Wochenblatt – die ist auch schon älteren Datums, nämlich vom 1. Juli 2007. Damit war Josua Studer für einmal nicht ganz so schnell. Diese Änderungen fanden statt im Rahmen einer Layout-Vereinheitlichung und sind vor allem unter Marketing-Gesichtspunkten erfolgt, in der Meinung, es sei ein besserer und modernerer Begriff, der da verwendet wird. Also beispielsweise „Grossauflage“ für die Gesamtausgabe im Allschwiler Wochenblatt. Das waren eigentlich aus unserer Sicht nur sehr kleine Verän-

derungen, die aber im Rahmen der Layoutvereinheitlichung aller Titel, die unter der LV Lokalzeitungen AG vertrieben werden, vorgenommen wurden.

Frage 2, Beteiligung der Gemeinde Allschwil: Dazu kann ich Ihnen sagen, die Gemeinde Allschwil ist an der Aktiengesellschaft LV Lokalzeitungen Verlags AG in keiner Art und Weise beteiligt, weder finanziell noch rechtlich. Ich darf aber sagen, dass ich als Gemeindepräsident im Verwaltungsrat Einsitz habe, wie das für die anderen Gemeinden auch gilt, insbesondere für Muttenz, Pratteln und neu jetzt auch Birsfelden. Ich kam hinein, als ich Gemeindepräsident wurde. Vor mir war schon Frau Greiner auch im Verwaltungsrat. Der Wunsch ist natürlich der, dass das alles amtliche Publikationsorgane sind für die jeweiligen Gemeinden, und damit die Bedeutung eines solchen Blattes für die Gemeinde Allschwil sehr gross ist. Das ist aber nicht zwingend in den Statuten vorgeschrieben.

Dann geht es um die Frage der Leistungen, die die Gemeinde Allschwil beanspruchen darf. Ich kann Ihnen sagen, wir haben einen Vertrag, den habe ich heute hier, der ganz genau bis ins Detail die Leistungen des Allschwiler Wochenblattes beschreibt und auch die entsprechenden Kosten regelt. Der Vertrag ist selbstverständlich einsichtbar. Mir wäre es natürlich am liebsten, wenn sich zum Beispiel die GPK, statt jeder Einwohnerrat im Einzelsprung, darum bemühen würde. Die Grundsätze sind die, dass sämtliche Mitteilungen des Gemeinderates und andere amtliche Bekanntmachungen, sowie Stelleninserate usw., kostenlos im Allschwiler Wochenblatt veröffentlicht werden. Dann verpflichtet sich das Allschwiler Wochenblatt, regelmässig einmal wöchentlich herauszukommen, insbesondere an die Abonnenten, mit entsprechenden Belegexemplaren an die Gemeindeverwaltung. Dann gibt es eine Grosse Auflage, in der Regel 22-mal im Jahr, die lückenlos an jeden Haushalt zugestellt werden soll. Das ist dann auch das, was uns pro Grosse Auflage Kosten von rund Fr. 2'500 verursacht. Ergänzend zu dieser Basisvereinbarung gibt eine Vereinbarung zum Layout-Wechsel. Da geht es um Farbdruck-Auftritt, Abgrenzungen zu den Gemeindeseiten hinten im Allschwiler Wochenblatt und auch um die Platzierung von Inseraten usw., wozu wir miteinander eine Lösung gefunden haben. Insbesondere geht es darum, dass bei der Grosse Auflage die Spalte auf der linken Seite der Gemeinde zur Verfügung steht, und wir in der Grosse Auflage, vom Layout her auch klar optisch abgetrennt, für Gemeindennachrichten 8 Textseiten zur Verfügung haben. Nebenbei kann ich der Vollständigkeit halber sagen, dass es auch eine Vereinbarung unter den Parteipräsidien gibt. Zu diesem Thema hat ja jetzt gerade wieder eine Besprechung mit dem Allschwiler Wochenblatt stattgefunden. Wir kommen dann ja noch darauf zurück; denn das sind ja wahrscheinlich auch die Anstösse zu den beiden Postulaten, die von Josua Studer eingereicht wurden.

Die Frage ist auch, wann wird festgelegt, wie viele Gesamtauflagen erscheinen sollen. Das kommt ein wenig darauf an, wie die Feiertage in dem entsprechenden Jahr liegen. Aber die Gesamtauflagen werden festgelegt nach Rücksprache mit dem Gemeinderat Allschwil. Und jetzt sind diese Gesamtauflagen bereits wieder definiert; man findet sie überall im Internet, auch auf der Homepage der Gemeinde Allschwil.

Dann die Frage – das ist ein wenig eine Verdächtigung – welche Gruppierungen kostenlos im Allschwiler Wochenblatt publizieren und profitieren dürfen. Ich darf Ihnen da ganz klar sagen: Darauf haben wir keinen Einfluss. Und mir sind auch keine speziell bevorzugten Gruppierungen bekannt zu diesem Thema. Es wäre auch falsch. Ich möchte auch diesen Zeitpunkt ganz klar nutzen, um zu sagen, dass der Verwaltungsrat in keiner Art und Weise irgendwie in einer Form auf den Inhalt des Allschwiler Wochenblattes Einfluss nimmt. Sondern das ist eine reine Frage, die sich mit der Finanzierung dieses Blattes auseinandersetzt. Wir kommen später bei den Postulaten vielleicht auch noch ein Stückweit darauf zu sprechen. Es gibt also keine Gruppierungen, die in irgendeiner Form kostenlos von der Platzierung oder von Platzkonditionen profitieren können.

Dann, ob diese Vereinbarung einsehbar sei. Ich sagte schon: ja. Ich kann noch ausführlich sagen, dass so eine Auflage Fr. 2'500 zuzüglich Mehrwertsteuer kostet. Und bei der Grosse Auflage erhalten wir von der Layoutvereinbarung her noch einen Betrag von Fr. 450 zzgl. MWSt., so dass wir im Jahr grosso modo – und das hat Josua Studer richtig gesagt – in etwa Fr. 60'000 ans Allschwiler Wochenblatt zahlen.

Wenn man meint, das sei viel Geld, dann kann ich Ihnen sagen: Nein, das ist nicht viel Geld im Verhältnis dazu, was so ein Allschwiler Wochenblatt in der Tat kostet. Denn letztendlich sind diese 2'500 Franken mehrheitlich Versandkosten, damit das Allschwiler Wochenblatt sämtlichen Haushaltungen der Gemeinde per Post zugestellt werden kann. Die Kosten dieses Blattes – und ich habe mich da heute auch noch kundig gemacht – sind natürlich bedeutend höher als diese 60'000 Franken. Mit anderen Worten, wer der Versuchung unterliegt zu glauben, dass man mit 60'000 Franken so ein Blatt, wie wir es haben, organisieren und finanzieren könnte, der unterliegt leider einem Irrtum.

Dann haben wir zwei Postulate, auf die Josua Studer nachher sicher zu sprechen kommen wird. Das eine betrifft „Parteienberichte auf der Website der Gemeinde Allschwil“, das andere „TV-Auftritt der Gemeinde Allschwil“.

Ich möchte schon zu Anfang die Katze aus dem Sack lassen: Der Gemeinderat wehrt sich zwar gegen die Dringlichkeit, aber die haben wir ja jetzt schon. Zum Zweiten aber nehmen wir – verhalten, aber nichtsdestotrotz – diese beiden Postulate entgegen. Ich möchte Ihnen das vielleicht kurz erläutern. Es ist richtig, dass man in dieser Besprechung mit den Parteien sagte, diese Beiträge der Parteien müssten gekürzt werden. Josua Studer schreibt von 2'240 Zeichen, die neu nur noch 1'500 ausmachen dürfen – Kürze in der Würze, oder umgekehrt, das Ganze sieht er da ein wenig geritzt. Ich würde meinen, es sollte reichen auch mit 1'500 Zeichen noch eine eigene Meinung aufs Blatt zu bringen. Aber nichtsdestotrotz möchte ich sagen: Das kann ein Gedanke sein, den wir verfolgen wollen, dass man Publikationen von Parteien allenfalls über die Website der Gemeinde publizieren könnte. Dazu möchte ich Ihnen aber ganz klar sagen: Wir reden da nur von einem Postulat: „prüfen und berichten“. Wir möchten also den modernen Medien nicht entgegenstehen, aber wir haben auch eine recht grosse Skepsis. Darum sagte ich, wir nehmen das „verhalten“ entgegen. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde plötzlich Verantwortung trägt für Inhalte, für Parteibeiträge, die über die Homepage der Gemeinde publiziert werden, usw. Da gibt es eine Menge Fragen, die damit verknüpft sind. Da wir aber sowieso zurzeit an der Überprüfung und Überarbeitung der Homepage der Gemeinde sind, schadet es letztendlich nicht, dass man dieser Thematik einmal nachgeht und schaut, ob es Lösungsansätze gibt. Wenn das reine Links sind in irgendeiner Form, dann ist das sicher einfacher zu formulieren. Man muss dann sicher auch technisch erreichen können, dass es klar trennbar ist in offizielle Aussagen der Gemeinde und solche einer Partei. Aber wir möchten es nicht a priori ausschliessen. Darum eben die Formulierung „vorsichtige, verhaltene Entgegennahme“.

Dann muss ich da aber schon noch einen weiteren Irrtum aus dem Weg räumen. Das hat mitnichten und –neffen irgendetwas mit einer Internetzeitung zu tun. Das Allschwiler Wochenblatt als solches wird nicht zu einer Internetzeitung mutieren. Zwar heisst es „sag niemals nie“, aber wir reden sicher von einem Zeithorizont von ein paar Jahren oder Jahrzehnten, die das ausmachen wird. Und das möchte ich Ihnen jetzt auch schnell erläutern können. Es geht da also nur um eine Ergänzung dieser Beiträge, aber sicher nicht um deren Ersatz.

Josua Studer hat ein weiteres Postulat eingereicht, das wir ebenfalls mit verhaltener Begeisterung entgegennehmen. Es geht um einen TV-Auftritt der Gemeinde Allschwil, in der Meinung, dass wir, wie Reinach, auf dem Internet eine Plattform bieten für Auftritte, wo man sich dann quasi „you tube“-mässig präsentieren könnte. Das ist dann vor allem vor den Wahlen interessant. Man kann sich jetzt schon anmelden bei mir... Nein, Spass beiseite. Ich sage einmal Folgendes: 60'000 Franken – ich bezweifle, dass das reichen würde. Und ich sage, diese 60'000 Franken würden auch nicht vom Allschwiler Wochenblatt kommen. Und ich möchte Sie klar darauf hinweisen, dass die Situation bei uns nicht vergleichbar ist mit derjenigen in Reinach. Reinach hat zwei Zeitungen, und zwar die „Reinacher Zeitung“ und das „Reinacher Wochenblatt“. Und das amtliche Publikationsorgan ist das „Reinacher Wochenblatt“. Nun heisst das fast gleich wie unseres, aber es ist eben etwas anderes. Es ist nicht in dieser Lokalzeitungen Verlags AG drin, sondern ist etwas Ähnliches wie der BiBo im Birstal, nur eben für das Birseck. Und das ist der offizielle Amtsanzeiger, der 14-täglich erscheint, ein reines Gratisblatt ist und damit genau den amtlichen Kommunikationsauftrag erfüllt, den die Gemeinde Allschwil hat. Die so genannte „Reinacher Zeitung“, die zur Lokalzeitung Verlags AG gehört, hat diesen Auftrag nicht. Sie ist kein amtliches Publikationsorgan der Gemeinde Reinach. Sie erschien alle zwei Wochen, hatte keine Abos, war in dem Sinn eine Gratiszeitung, die sich über Inserate finanzierte – oder auch nicht. Und da kann ich Ihnen ganz klar sagen: Dieses „oder auch nicht“ ist ganz gross, Arial 18 Pt fett, quer geschrieben. Und das war genau das Problem. Es gab enorme Defizite, und ich habe das heute mit Frau Dr. Lüthy abgemacht, dass ich Ihnen das sagen darf: Diese Defizite sind regelmässig von der Basler Zeitung gedeckt worden. Und dass das irgendwann einmal ein Ende haben musste, lag auf der Hand. Das führte dazu, dass man im Verwaltungsrat den Entscheid treffen musste, dass diese Zeitung nicht mehr als Druckversion erscheinen sollte, sondern als Online-Zeitung. Sie wird heute von Benny Wieland zu 50 % so betrieben, nur noch auf dem Internet. Aber diese Zeitung hatte nie, musste nie und wird nie die Funktion eines amtlichen Publikationsorgans haben, so wie sie das Allschwiler Wochenblatt hat. Das, denke ich, ist sehr wichtig zu wissen, wenn immer quasi das Einstellen des Allschwiler Wochenblatts als Aufhänger für einen an sich neuen guten Gedanken benutzt wird.

Wenn ich nun rein zum Fernsehen komme, muss ich sagen: Ja, das sind moderne Zeiten. Ich möchte nicht der sein, der vor der Dampflokomotive steht und sagt, die hat keine Chance. Es kann tatsächlich sein, dass die neuen Kommunikationsmittel in Zukunft eine grössere Bedeutung erhalten als man es sich vielleicht heute vorstellt. Darum sind wir auch bereit, im Rahmen der Überprüfung, oder im Rahmen der

Überarbeitung der Homepage der Gemeinde Allschwil zu schauen, ob so ein TV-Auftritt im Rahmen der Neugestaltung der Homepage möglich wäre. Auch da mit dem klaren Hinweis: „prüfen und berichten“.

Die Gemeinde Reinach hat gesagt – und man staunt – das koste sie 30'000 Franken für zwei Sendungen pro Monat. Das hat mich sehr günstig gedünkt, aber wir werden dann die Details zu diesem Thema sicher noch anschauen.

Das sind einmal vorerst die Ausführungen, die ich machen kann. Nun bin ich gespannt, was Josua Studer meint.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit dieser Antwort zufrieden ist.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Vielen Dank für die vielen, vielen Informationen. Politik ist oft eine langsame Mühle, heute ist sie im schnellen Galopp gegangen. Wir haben das Postulat fast schon beantwortet. Über die Überprüfung ist schon bald berichtet. Ich finde das lässig. Da sieht man jetzt auch einmal, dass die ganze Interpellation sehr viel auslösen konnte und auch bereits zukunftsorientiert wirken kann, indem ich heute noch diese zwei Postulate eingereicht habe. Das Ganze hat auch mit Revision zu tun. Man kann immer sagen: Nein, nein, das wird nächstens noch nicht passieren. Eben drum, weil Politik langsam ist, muss man jetzt schon das Fundament setzen. Reinach – das sieht man ja jetzt mit dem Internetauftritt dieser Reinacher Zeitung, die dem gleichen Verlag gehört wie das Allschwiler Blättli – wenn die vollen Erfolg haben damit, dann wird es nicht lang dauern, bis das in Allschwil auch im Internet steht. Und dann fragt sich es sich natürlich wirklich, ob die Gemeinde Allschwil noch 60'000 Franken dafür ausgeben will. Dann macht man es lieber selber auf der eigenen Website. Zur Haftung für die Beiträge: Das Allschwiler Blatt haftet auch nicht für die Beiträge, die dort publiziert sind. Und es ist ja so, dass sie auch zensurieren. Sie kürzen. Sie garantieren uns künftig auch nicht mehr, dass etwas, das man eingeschickt hat, auch wirklich kommt. Wenn alles auf einer Seite Platz haben soll, Parteien und Leserbriefe, dann werden nicht nur die Parteien beschnitten, sondern auch die Leser, die nicht mehr so viel publizieren können. Und das ist nicht interessant. Und wenn du jetzt sagst, Anton Lauber: 2'200 Zeichen vorher, 1'500 jetzt, man kann sein Anliegen trotzdem sagen – 2'200 Zeichen, die man verwenden darf, sind eine Spalte. Und in einer Spalte etwas gut rüberzubringen, ist einfach wirklich schwierig, wenn man nicht so – peng, peng – ein paar Aufhänger auswerfen möchte und der Leser soll sich seine Meinung dann selber bilden. Man sollte etwas tiefer gehen können. Und das ist schon mit einer Spalte oft sehr schwierig. Und wenn wir jetzt noch 1'500 Zeichen haben, dann haben wir einfach ein Drittel weniger Platz. Und das heisst für mich: Kaum habe ich angefangen, sollte ich schon zum Schluss kommen. Und bei den Schnitzelbänken ist es ja auch so: Man fängt an, führt den Zuhörer an einen Ort, und zum Schluss kommt man zur Pointe. Und die Möglichkeit haben wir nicht, wenn wir nur so wenig Platz haben, und insbesondere nicht einmal wissen, ob dann dieser Parteienbeitrag überhaupt publiziert wird. Meine Damen und Herren: Das Allschwiler Blättli kann entscheiden, ob nun links, rechts oder die Mitte ihre Meinung kundtun kann, und das kann es nicht sein. Ich finde es eine absolute Schweinerei – jetzt muss ich es einmal deutlich sagen – ich konnte leider Gottes nicht an dieser Sitzung dabei sein, weil es einfach in Allschwil Leute gibt, die nicht bereit sind, Rücksicht zu nehmen. Der Verlag war angefragt worden für einen Runden Tisch, war um mehrere Daten gebeten worden. Es wurde dann im Dezember ein einziges Datum, für Mitte Januar, genannt, und ausgerechnet ich war eben der einzige, der nicht teilnehmen konnte, weil Landratssitzung war. Wäre das nicht meine erste Landratssitzung gewesen, dann, da könnt ihr sicher sein, wäre das für mich ein Grund gewesen, um nach Allschwil zurückzukommen, um im Landhüsli einen zu mir zu nehmen und dann an diesem Tisch zu sitzen. Aber ich kann nicht am ersten Tag schon davonlaufen – was würdet ihr sagen, wenn Lukas Brügger heute Abend schon wieder woanders hingehen würde. Und somit war nicht die Bereitschaft da, diese Sitzung an einem anderen Datum stattfinden zu lassen. Deshalb konnte ich nicht dabei sein, sonst hätte ich dort schon ein paar Sachen bringen können. Und warum hat das Allschwiler Blättli Mühe und Geldsorgen? Weil sie zu wenige Inserenten finden. Wieso finden sie zu wenige Inserenten? Sie müssen eben die Preise ein wenig anpassen. Entschuldigung, die sind ziemlich massiv für einen kleinen Betrieb in Allschwil. Ich staune manchmal, wenn ich die Inserate sehe, und denke, wie finanzieren die sich diese Inserate, wenn man weiss, was sie kosten. Und dann kommt noch dazu: Sie haben versucht, alle interessanten Berichterstattungen in den Abo-Ausgaben zu bringen. In den Abo-Ausgaben haben sie berichtet, damit sie Abonnenten bekommen. Nur, sie haben die Abo-Ausgaben immer dünner gemacht. Eine Menge Leute haben das Abo wieder gekündigt. Und ich finde es auch nicht in Ordnung, dass ausgerechnet zum Beispiel die Fasnachtsberichterstattung, die alle angeht, mehrheitlich immer im Abo ist. Wir haben vor Jahren einmal probiert, dass die Gemeindeausgabe des AWB nicht in der Woche herauskommt, in der Einwohnerratssitzung ist, sondern in der Folgeweche, damit man etwas von heute Abend nächste Woche publizieren könnte. Das AWB war nicht bereit und hat alle möglichen Ausreden vorgebracht. Diese Ausreden muss man einfach akzeptieren, man hat keine Chance. Und deshalb muss

sich das AWB nicht wundern, das sie Mühe haben, und nun klagen, sie hätten zu wenig Platz für unsere Berichte und müssten jetzt alles zusammenstreichen. Sie leben schliesslich von uns. Sie leben von den Informationen aus der Politik. Sie leben von der Gemeinde – 60'000 Franken, auch wenn das anscheinend nicht viel Geld ist. Es ist ein Haufen Geld, das vom Steuerzahler ans AWB geht. Das AWB hat sicher Informationen, die sie publizieren können, und die die Leute lesen wollen. Und wären die Informationen nicht drin, dann würde nämlich niemand mehr das AWB lesen, Entschuldigung.

Und deshalb: Ich bin sehr dankbar für die ausführlichen Informationen. Die haben jetzt etwas angeregt. Und ich stelle Antrag auf Diskussion, damit sich auch andere noch zu dem Thema melden können.

Felix Keller, Präsident: Herr Studer stellt Antrag auf Diskussion. Wer dem zustimmt, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Mehrheitliche Zustimmung

Felix Keller, Präsident: Die Diskussion ist offen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Zwei Dankeschön voraus: An Josua Studer, der das Ganze angerissen hat, und an Felix Keller, der eingeladen hat zur PräsidentInnen-Sitzung, bei der wir sechs Parteienvertreter dabei sein durften.

Uns alle in den Parteien hat es ja *glüpf*t, dieses Beschlussprotokoll. Wir alle hatten darauf gebaut, über Jahrzehnte hinweg, über zwölf Jahre hinaus, dass jede Partei in einem gewissen Rahmen ihre Meinungen im AWB platzieren und kundtun kann. Dann bekamen wir diesen Brief, dass das alles nicht mehr gelten soll. Da wurden wir alle stutzig – ich zitiere ganz schnell daraus: „Leider kann sie [die Zeitung] in diesem Zusammenhang nicht mehr garantieren, das pro Partei eine Zeitungsspalte pro Partei zur Verfügung steht“. Mit anderen Worten, das haben wir an dieser Sitzung gemerkt, man muss selektionieren. Wir Parteipräsidentinnen und –präsidenten haben einander angeschaut: Wann bist du dran, wann gehe ich? Das ist eine ganz klare Tatsache, die uns alle geplagt hat. Und das ist mir auch ein grosses Fragezeichen. Wir konnten dort rasch eine Sitzung machen – über Mittag, für einen Kaffee und ein Mineralwasser hat es gereicht. Wir konnten keine Vereinbarung treffen. Wir konnten unsere Bedenken gegenüber der verantwortlichen Redaktion und Verlagsleitung kundtun. Und wir waren uns alle einig unter den Parteivertretern: Das ist keine Vision. Mal du – mal ich. Dann bin ich immer zu spät. Und ich möchte da auch ganz kurz noch an den Gemeinderat appellieren: Es gibt eine Seite „Parteibeiträge und Leserbriefe“. Dafür ist eine Seite reserviert. Die Kürzung, das haben wir gehört: auf 1'500 Zeichen. Wenn alle sieben Parteien, die hier drin vertreten sind, ihren Artikel schreiben, dann haben keine Leserbriefe mehr Platz. Das kann auch nicht die Lösung sein. Oft bringt ja ein Leserbrief eine Betroffenheit aus einem Quartier, aus unserem Umfeld heraus zum Ausdruck, die platziert werden können muss. Und ich denke, der Gemeinderat – ich unterstelle euch da vorne wirklich ein Interesse daran, dass ihr Interessen daran habt, dass die Parteien regelmässig ihre Meinungen, ihr Alltagsgeschäft, auch ihre Verdankungen, Ehrungen und alles, was dazukommt wie Einladungen etc., der Allschwiler Bevölkerung mitteilen können. Ich gehe davon aus, dass auch der Gemeinderat zu unserem Rat gehört. Er ist ja quasi unser Flaggschiff, die etwas Längeren in der Politik drin. Aber wir sind die Breiteren. Ich appelliere wirklich an den Gemeinderat, Einfluss zu nehmen, wenn es in seiner Funktion irgendwie möglich ist, dass man wirklich Parteibeiträge hineinbringen kann, und dass das nicht einem Auswahlverfahren unterliegt, und dass immer noch Platz sein muss für Leserbriefe. Man kann nicht sagen: Jetzt haben wir alles Parteibeiträge, daher gibt es keine Leserbriefe mehr. Die Lösung haben wir nicht gefunden miteinander. Wir durften unsere Bedenken äussern. Es gab kein Papier als Beschluss. Das Einzige, was wir alle bekamen, war die Vereinbarung ab November mit den 1'500 Zeichen. Aber eine Zufriedenheit hatten wir alle zusammen nicht ganz.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Ich finde es auch schade beim Allschwiler Wochenblatt. Wie gesagt, das ist eine Lokalzeitung. Das interessiert vor allem einmal Allschwil. Das interessiert vermutlich Reinach nicht und Binningen nicht. Das ist nicht eine BaZ, die überregional ist. Und da finde ich es schade, wenn eine Lokalzeitung so weit ist, das sie sagt: Wir streichen eigentlich das Wesentliche. Nämlich die Leserbriefe, in denen jemand seine Meinung an die Bevölkerung mitteilen kann. Parteibeiträge: Das ist genau das Gleiche, es gehört dazu. Berichterstattungen – Josua Studer hat die Fasnacht erwähnt – das interessiert alle. Das ist für mich gewissermassen wie eine Vereinszeitung. Darin kann alles Platz haben, was

Allschwil betrifft. Und zwar ungekürzt. Es ist immer mühsam, wenn man einen Bericht einschickt und dann feststellen muss, dass zwei drei wesentliche Sachen, die jemand bekannt geben wollte, herausgestrichen wurden. Plötzlich kommt das verkehrt herüber. Ein Titel wird geändert, weil er vielleicht nicht hineinpasst. Natürlich hat mancher nicht so das Feeling und verwendet vielleicht etwas böserer Wörter. Aber eben, es ist ja so, die Verantwortung hat der, der geschrieben hat. Darum – ich komme gerade zum zweiten Punkt, das gehört zum gleichen Thema – Internetauftritt für die Parteien: Das finde ich persönlich, das ist meine Meinung, schlecht. Denn die Gemeinde ist nicht dazu da, die politischen Meinungen ins Volk hineinzubringen, mit denen man sich austauscht. Einen Link dorthin, das fände ich richtig. Damit, wenn etwas in der Gemeinde vor sich geht, das wichtig ist für die Bevölkerung, dann kann man einen Link dazutun und sagen: geht direkt zu den Parteien. Das hat den Vorteil, für die Parteiinhalte ist jede Partei selber verantwortlich. Bei der Gemeinde könnte man sich vorstellen, dass man dort doch auch einen Bericht kürzen würde, wenn er zu lang würde. Und wenn man die Homepages von Gemeinden generell anschaut – da wird man mit derart vielen Informationen vollgepfert, bis man da etwas gefunden hat, und wenn man dann anklickt, muss man zuerst noch fünf Berichte lesen... Und auf einer Gemeinde-Homepage suche ich doch zuerst einmal Hilfe für gewisse Sachen und grundsätzliche Informationen. Und nicht den Austausch – der gehört für mich eindeutig in ein Gemeindeblatt hinein. Und da würde ich auch appellieren an das Allschwiler Wochenblatt: Macht wieder einen Schritt zurück und druckt die Sachen so ab, wie sie die Leute einschicken. Die Verantwortung liegt bei jedem Einzelnen, da könnt ihr euch herausreden, das ist mir egal. Ich schreibe das, was ich schreiben will, und stehe dann auch dazu.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich möchte mich ganz kurz halten, denn ich versuche schon zu üben für die 1'500 Anschläge. Wir sind hier versammelt, weil wir von der Bevölkerung gewählte Leute sind, und ich denke, wir machen hier Öffentlichkeitsarbeit, und das AWB ist das Organ dafür, um unsere Arbeit öffentlich zu präsentieren und darüber zu berichten, was wir hier machen. Ich denke, die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, diese Informationen zu bekommen. Dann möchte ich den Gemeinderat wirklich darum bitten, sich dafür zu engagieren, dass doch jeder Parteibeitrag, der jetzt halt auf 1'500 Anschläge heruntergekürzt werden muss, wenn er termingerecht eingereicht wird, dann auch wirklich veröffentlicht wird. Denn ich habe auch die Bedenken, einmal kommt diese Partei an die Reihe, das andere Mal die andere. Weiter: Es war nichts darüber zu lesen, dass es vor den Wahlen mehr Platz geben soll. Das fände ich auch noch ein Thema, das angeschaut werden müsste.

Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion: Auch ich habe noch einen Wunsch, den ich anbringen möchte, und zwar gerichtet an Herrn Verwaltungsrat Anton Lauber. Und zwar gibt es ja, nebst den Parteien als eine Gruppierung, nebst den Leserinnen und Lesern als andere Gruppierung, und nebst dem Gemeinderat gibt es noch weitere Behörden, zum Beispiel den Schulrat. Und wenn ich hier lese, dass die Leistungen gegenseitig vertraglich geregelt seien, und dass die Einwohnergemeinde Leistungen einfordern könne wie die, dass der Gemeinderat alle Mitteilungen publizieren könne und alle amtlichen Bekanntmachungen, Stelleninserate etc. kostenlos sind, dann denke ich doch, dass unter den Begriff „amtliche Bekanntmachungen“ auch behördliche Bekanntmachungen fallen würden. Und es ist halt leider so, wir hatten vor noch nicht langer Zeit im Zusammenhang mit den Schulen eine grössere Abstimmung. Und es ist zwar publiziert worden, was wir vom Schulrat gerne publiziert gehabt hätten – Chapeau, Dankeschön! – es war sogar wörtlich 1 : 1 drin. Was aber aus unserer Sicht nicht ganz sauber war, das war der Zeitpunkt. Wir hatten es extra so eingereicht, dass es in eine Grossauflage hätte hineinkommen können, damit es wirklich alle erreicht, was der Schulrat der Sekundarschule Allschwil und Schönenbuch zur Thematik freie Schulwahl sagen wollte – und ja auch sagen konnte, aber eben ein bisschen spät. Ich möchte das einfach anregen.

Siro Imber, Fraktion FDP/GLP: Ich habe es noch erlebt, also kann es noch nicht so lang her sein, da hat man das Allschwiler Wochenblatt aufgeschlagen und sich gefreut auf die Leserbriefseite, was da für Debatten stattfanden und wie man sich da hin und her gegeben hat. Heute habe ich das nicht mehr. Ich blättere es schnell durch. Es ist nicht mehr viel los. Was will ich damit sagen: Die Bedeutung des AWB hat in letzter Zeit rasant abgenommen. Auch bei uns. Das heisst, die Qualität ist nicht mehr die gleiche, wie sie es früher war. Durch die abnehmende Bedeutung ist es natürlich auch für die Inserenten nicht mehr interessant, und die Leute lesen es auch weniger. Und ich glaube, dem könnte man nur entgegenwirken, wenn man das Ruder herumreissen würde. Das können wir hier drin nicht. Da ist eine Gesellschaft, mit der die Gemeinde Allschwil einen Vertrag hat, aber wir können ihre Geschäftspolitik nicht bestimmen. Und wahrscheinlich braucht es einmal einen neuen Anlauf. Vielleicht braucht's es auch, dass es wirklich einmal einen *Klapf* gibt. Dann können wir darauf hoffen, dass wir vielleicht wieder solche Diskussionen haben wie früher. Denn der Bedarf zur Diskussion ist sicher da; aber wenn die Plattform nicht attraktiv ist, dann wird es auch nicht gemacht.

Susanne Amrein, CVP-Fraktion: Ich möchte einfach darauf hinweisen: Es kam bisher gar nicht zur Sprache, dass wir ja einen Vertrag mit dem AWB haben, und in diesem Vertrag sollte eigentlich ganz genau gesagt werden, welche Leistungen wir für welches Geld bekommen. Und dieser Vertrag kann ja nicht plötzlich einseitig abgeändert werden. Verträge sind einzuhalten. Und ich glaube, für uns alle wäre wichtig zu wissen, was genau für Leistungen wir für unser Geld bekommen. Denn jetzt diskutieren wir hin und her, wie viele Wörter usw. Von mir aus wäre es wirklich ein Anliegen an den Gemeinderat, dass wir das etwas genauer wissen, und auch, welche Kündigungsfristen wir haben.

René Imhof, SVP-Fraktion: Ich habe mir folgende Überlegung gemacht: Wenn das Allschwiler Wochenblatt wirklich nicht bereit ist, das zurückzunehmen, wieso versucht man es nicht in Form einer Beilage, wie man sie immer wieder in der Zeitung findet, selber zu gestalten. Neutral natürlich, ein Parteienblatt, auf das jede Partei ihre Anliegen drauf tun kann, und das wird dann beigelegt, und die Leser können davon profitieren. Das ist ein Vorschlag, den man prüfen kann.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich glaube, es ist wichtig, dass man das auch noch sagt: Herr Imber sagte es bereits, die Geschäftspolitik geht uns im Detail eigentlich nichts an. Aber es hatte natürlich eine Wirkung, dass wir früher eine Redaktorin hier hatten, die ortsansässig war, die unser politisches und Dorfleben kannte und somit auch massgeblich dazu beitrug, dass wir ein Allschwiler Wochenblatt hatten, das alle lasen, bei dem alle wussten, wo vorne und hinten ist. Und jetzt, muss man einfach sehen, hat es eine Umstrukturierung gegeben, und die spüren wir, und zwar massiv.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Nur noch kurz. Bei all den Voten, die ich jetzt gehört habe – also dem, was Siro Imber sagte, muss ich wirklich beipflichten, obwohl ich ihm sonst nicht immer beipflichten kann, aber das habe ich gut gefunden. Ich denke, das Effizienteste und Kostengünstigste, betriebswirtschaftlich gesehen, ist, dass wir das AWB wieder so gut machen, oder machen lassen, oder wünschen, dass es wieder so gut wird, wie es war. Ein Vertrag mit einem neuen Blatt, oder überhaupt ein neues Blatt aus dem Boden zu stampfen, ist alleweil sicher teurer, weil man nicht auf etwas aufbauen könnte. Als ich würde eher wünschen dass man daran herumschraubt, so dass es mehr Inserate gibt, mehr Einnahmen hat, so dass auch wieder Papier vorhanden ist, um die Seiten zu füllen.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Sehr viel Input, herzlichen Dank! Früher war alles besser, selbstverständlich. Es gab noch nie Kritik am Allschwiler Wochenblatt – zum ersten Mal heute Abend. Ich glaube, wir wissen alle, was ich anspreche. Es wurde schon immer kritisiert am Allschwiler Wochenblatt, wegen Kürzungen, wegen Titeln, wegen Fehlleistungen bei der Terminierung usw. usf. Ich möchte damit Ihre Argumente nicht verwässern, aber sie ein kleines bisschen in ein anderes Licht rücken. Wann ist das AWB am attraktivsten? Das stimmt – wenn einer einen ganz bösen Leserbrief geschrieben hat und alle so richtig in den Sack hineingenommen hat. Dann hat man es gelesen. Man kann sich bestens erinnern, und ich sage das gern, an die Leserbriefe eines Bruno Steiger oder auch eines Sam Champion. Dort hat man gelesen und sagte: „Hast du's gesehen“, und man ging nachsehen, was dahinter steckt. Das heisst aber mit anderen Worten auch, das ist richtig und wir dürfen es nicht vergessen: Wir tragen einen ganz wesentlichen Teil zum Leben dieses Allschwiler Wochenblatts bei. Und dieser Freiraum, um sich so produzieren und sich zeigen zu können, der muss als solcher unbedingt bleiben, und dafür setzen wir uns auch ein. Wenn man schaut, woher diese Beschränkungen jetzt kommen, so kann ich Ihnen schon garantieren, das ist wirklich eine rein finanzpolitische Thematik. Und wir werden zwingend schauen müssen, dass die finanziellen Nöte als solche vorbei gehen können. Wenn wir aber meinen, das Allschwiler Wochenblatt sei das einzige Printmedium mit finanziellen Nöten, dann täuschen wir uns wahrscheinlich deutlich. Und wenn man meint, das liesse sich einfach so schnell lösen, weil wir alles gut meinen, dann ist das wahrscheinlich auch falsch. Die BaZ hat 22.5 Stellen verabschiedet, davon den grössten Teil in der Redaktion, der Rest im Layout. Also genau die gleiche Problematik auch bei anderen Printmedien. Das Allschwiler Wochenblatt ist da nicht alleine, das dürfen wir nicht vergessen.

Dann stellt sich die Frage von Kürzungen, von Änderungen von Titeln usw., und von Layoutthemen. Es ärgert mich jedes Mal selber auch, wenn etwas geändert wird. Und ich bekomme jedes Mal direkt Rückmeldungen. Das Thema dort ist immer wieder die Frage der Professionalität und der Einheitlichkeit des Auftritts. Es gibt ja Layoutvorschriften – oder –richtlinien, das tönt sympathischer – wie ein Titel gewählt sein soll, ob man in der Wir-Form schreibt oder nicht. Wir werden schauen, dass diese Basisrichtlinien

vermehrt wieder zur Kenntnis genommen werden, so dass es nachher weniger Probleme bei der Publikation dieser Artikel gibt.

Dann ist auch klar: Jeder will in die Gesamtauflage. Ist doch logisch. Wenn ich schon einmal etwas schreibe, dann möchte ich gerne, dass das in die Gesamtauflage kommt. Aber das ist eben nicht möglich. Wir haben ein Abo beim Allschwiler Wochenblatt. Und es ist natürlich in der Tat so, dass das als solches leben können muss. Und es muss auch einen interessanten redaktionellen Teil haben. Wir haben ein Allschwiler Wochenblatt, das eben noch einen redaktionellen Teil hat. Das ist nicht eine reine Retorte. Es lebt nicht nur von dem, was die Vereine hineinschreiben, was die Parteien hineinschreiben, und was Leserinnen und Leser schreiben, sondern wir haben auch einen redaktionellen Teil. Nun könnte man sagen: Wir sparen den, das kommt günstiger. Es wurde schon gespart, Regula Vogt, sprechen wir's doch an. Und jetzt dann am Schluss noch Frau Borostyan? Dann können wir wirklich gerade eine Art Internetzeitung machen, die sich selber druckt. Wir schicken den Brief ab, und dann kommt sie. Dann haben wir aber auch nicht mehr das, was wir wollten. Auch da, denke ich, als Anregung meinerseits, in dem ganzen Spannungsfeld von verschiedenen Interessen müssen wir unbedingt eine Lösung finden. Was Siro Imber ansprach, kann ich nachvollziehen, klar. Man sucht da auch eine Strategie, einen Lösungsansatz im Verhältnis zwischen Abo, Grossauflage usw. Wie die aber zum Schluss aussieht, und ob sie zielführend ist, das weiss man auch noch nicht zu 100 Prozent.

Dann wurde der Vertrag angesprochen. Ich kann Ihnen sagen, der Vertrag ist kündbar: 6 Monate / 3 Jahre. Also drei Jahre lang haben wir das Allschwiler Wochenblatt sicher noch. Dann kann ich gleichzeitig sagen, ich gebe jetzt schon diese Meinung ab: Günstiger werden wir das Gleiche so nicht bekommen. Das muss man natürlich auch wissen. Also die Finanzen allein dürfen für unseren Entscheid nicht massgebend sein. Da müssen wir weiter schauen.

Aber, wie gesagt: herzlichen Dank für die angeregten Wortmeldungen. Ich muss auch ehrlich sagen, ich habe die schon besprochen, diese Themen sind mir ja bekannt und werden an mich herangetragen. Und mit Herrn Vasella und mit Frau Borostyan hatten wir das Gespräch auch geführt, wobei wir genau die gleichen Themen diskutierten. Schade, dass Herr Vasella nicht da ist. Dann hätte er die Nachdrücklichkeit, Frau Borostyan, der Argumente des Einwohnerrates und des Gemeindepräsidenten im O-Ton gehört, und das ist natürlich etwas anderes als im relativ freundlichen gemeinsamen Gespräch. Aber ich denke, nach stattgehabter Diskussion werde ich dann bei ihm nochmals nachdoppeln.

Dr. Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte hier nicht über Kürzungen oder Titeländerungen diskutieren. Das liegt eigentlich auch im Bereich der redaktionellen Freiheit, und sie sind zum Teil auch bitter nötig. Womit ich aber wirklich Mühe habe, das ist, wenn bestimmte ausgewählte Meinungen bevorzugt werden, sei das bezahlt oder unbezahlt. Wir haben es gerade kürzlich bei einer Abstimmung erlebt, als ein Allschwiler Wochenblatt auftrat wie eh und je, aber der Inhalt bezahlt war von einer bestimmten, nicht politischen Partei, aber einer bestimmten Partei, und keine anderen Meinungen sind in diesem Allschwiler Wochenblatt zu Wort gekommen, oder nur sehr beschränkt. Das, finde ich, geht nicht. Ein gutes AWB bildet jede Meinung ab.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Erlauben Sie mir, ein wenig vorzugreifen. Wir haben ja ein dringliches Postulat. Herr Anton Lauber hat ja schon angetönt, er ist bereit, bzw. der Gemeinderat ist bereit, das entgegenzunehmen. Ich frage daher den Rat an, ob es einen Gegenantrag gibt zur Überweisung dieses dringlichen Postulats der SVP-Fraktion „Parteienberichte auf der Website der Gemeinde Allschwil“. – Das ist nicht der Fall. Das Postulat ist somit überwiesen.

://: Das Postulat wird überwiesen.

PAUSE

Felix Keller, Präsident: Wir fahren weiter im zweiten Teil. Schnell eine Berichtigung zu diesem Musig-Obe. Es heisst in dem Schreiben „Delegationskarten liegen beim Eingang auf“. Ich nehme an, mit dem „Eingang“ ist nicht der Eingang hier gemeint, sondern an jenem Abend am Eingang. Also wenn man an

den Musig-Obe geht, dann ist der Eintritt sowieso frei, und dann kann man dort vermutlich am Eingang eine Delegationskarte beziehen.

Wir kommen jetzt zu dem dringlichen Postulat „Kostenschlüssel des Tageskindergartens Allschwil“. Das Wort hat die Postulantin Frau Gabriela Huschke.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte eigentlich nicht mit dem Postulat anfangen, sondern mit der Interpellation. Ist das okay? Also wir sind ja jetzt beim Traktandum 7.

Felix Keller, Präsident: Nein, wir sind jetzt bei dem dringlichen Postulat „Kostenschlüssel des Tageskindergartens Allschwil“.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Okay. Dann fangen wir mit dem an, das ist auch gut. Es geht um die Finanzierung dieses Projekts, und die genaueren Angaben habe ich aus der Beantwortung der Interpellation von Heinz Giger erhalten, und daraus entstand dann die Idee dieses dringlichen Postulates. Jetzt weiss ich gar nicht – soll ich das vorlesen?

Felix Keller, Präsident: Gerne, ja.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: „Wir bitten den Gemeinderat, bei der Kostenberechnung der Elternbeiträge zum Tageskindergarten Allschwil, den adäquaten Kostenschlüssel anzuwenden. Dieser Kostenschlüssel soll dem Umstand Rechnung tragen, dass Eltern unterschiedliche Einkommen generieren, d.h. Eltern mit kleinem Einkommen sollen eine Vergünstigung erhalten. Auch soll ein Geschwisterrabatt gewährt werden. Begründung: Gemäss Usanz der Gemeinde Allschwil werden Familien bei allen Einrichtungen, die die Kinder betreffen, mittels Subventionsschlüsselberechnungen bei Bedarf finanziell unterstützt. Auch beim Tageskindergarten Allschwil muss dieses bewährte System greifen, damit die Kosten für die Eltern sozialverträglich werden, damit die Eltern eine echte Wahlmöglichkeit haben zwischen verschiedenen Systemen, damit in allen Institutionen eine gute Durchmischung der sozialen Schichten vorhanden ist, damit der Tageskindergarten gut ausgelastet wird.“

Ich möchte dazu noch sagen, dass Allschwil eigentlich recht viel tut für die Unterstützung von Familien und Kindern. Wir haben ein ganz grosses Angebot, und bei all diesen Angeboten spielt doch ein Subventionsschlüssel. Und ich finde, wir haben ein gutes Image, und ich begreife nicht, wieso man jetzt in einem einzigen Angebot, nämlich diesem Tageskindergarten, zu diesem Vollkostensatz greifen will. Wir schaffen da auch ein zweites System, eine Art Zweiklassen-System. Da haben wir Eltern, die zum Beispiel Kindergartenkinder haben. Die können die Kinder ins Tagesheim schicken und wissen, dort werden wir mit einem kleinen Einkommen subventioniert. Und Eltern, die ihr Kind bei den Tageseltern anmelden, wissen das auch. Bei diesem Tageskindergarten landen am Schluss wirklich nur die, die es nicht nötig haben. Das finde ich wirklich nicht gut. Ich verstehe nicht, wie man darauf kam, dass man hier den Vollkostensatz rechnen will. Ich habe mir vorgestellt, wahrscheinlich ist das wieder einmal das liebe Geld. Aber bisher haben wir doch in all den verschiedenen Systemen eingesehen, dass eben Investitionen in die Kinder oder die Jugend sich lohnen. Oder umgekehrt gesagt: Wir wissen doch, wenn man die Kinder vom Fernsehen und der Mikrowelle erziehen lässt, das generiert für eine Kommune später viel höhere Kosten, als wenn man etwas an die Kosten einer Fremdbetreuung mitträgt. Darum möchte ich Sie bitten – wir haben es heute ja gesehen, wie wichtig so eine Kostenschlüsselberechnung ist – auch hier zu versuchen, dass man einen guten Subventionsschlüssel hinbekommt, damit eben die soziale Gerechtigkeit spielt, die wir überall in der Gemeinde haben. Es geht um das gute Image. Und es geht auch um eine Einheitlichkeit. Ich habe als Stiftungsrätin der Tagesheime ein wenig Angst, dass am Schluss die mit dem kleinsten Einkommen im Tagesheim landen, aber wir sind auch in den Tagesheimen angewiesen auf Leute, die gut verdienen. Wir können dort nicht nur diejenigen haben, die mit dem den kleinsten Kostenbeitrag leisten. Sonst müssen wir nämlich die Subventionen wieder erhöhen lassen, damit die Rechnung aufgeht. Und das fällt ja wieder auf die Gemeinde zurück. Darum möchte ich Sie bitten, solch ein Finanzierungsmodell auch bei diesem Tageskindergarten einzuführen.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ich gehe mit Gabriela Huschke einig, dass ein Subventionsschlüssel in den Institutionen, die wir haben, die eine familienergänzende Kinderbetreuung beinhalten, eine adäquate Methode ist, um die Zahlung einkommensabhängig zu

ermöglichen für Leute, die das brauchen. Ich muss ein wenig in die Historie gehen. Der Tageskindergarten ist ein Projekt, das schon etwa sieben Jahre alt ist. Damals war für den Gemeinderat ganz klar: Der Tageskindergarten geht nach dem Prinzip der Kostendeckung. Schon bei dem Gedanken „Kostendeckung“ hätte der andere Gedanken eines Subventionsschlüssels gar keinen Platz gehabt. Denn in einem Projekt, das auf drei Jahre begrenzt ist, würde ein Subventionsschlüssel es verunmöglichen, dass man die Kostendeckung erreichen kann, weil man von Anfang an nicht wüsste, wie viele gut zahlende und wie viele weniger gut zahlende Kundinnen und Kunden man dann hätte. Darum hat man für das Projekt, das auf drei Jahre eingegrenzt war, gesagt: Da gibt es keinen Subventionsschlüssel. Das ist der Grund. Ein weiterer Grund, der dazukommt: Die Finanzierung pro Familie, oder pro Kind, das in den Tageskindergarten kommt, lag damals bei Fr. 820.00 pro Monat. Mit der Anpassung des Konzepts hat man es auf Fr. 650.00 herunterbekommen. Das war ein weiterer Punkt, wo dann der Gemeinderat in einer späteren Beratung sagte, das ist etwas, was noch zahlbar ist. Also: Subventionsschlüssel nein, weil man nicht auf die volle Kostendeckung gekommen wäre. Subventionsschlüssel nein, weil es ein auf einen ganz bestimmten Zeitraum beschränktes Projekt ist. Also das soll jetzt drei Jahre dauern, und im Hinblick darauf, dass es allenfalls – und das ist meine persönliche Hoffnung – dass es dann hinterher für die, die in den Tageskindergarten gehen, auch einmal eine Tagesschule geben wird, bin ich überzeugt, dass man in einer nächsten Phase tatsächlich von einem alles umfassenden Subventionsschlüssel reden muss. Das ist jetzt für diesen Tageskindergarten aus den genannten Gründen nicht möglich. Wenn Sie das Postulat jetzt überweisen würden, dann würde ich höchstens überprüfen, wie viel das kosten würde. Etwas anderes könnte ich nicht tun. Das Konzept Tageskindergarten ab 2009 hat der Einwohnerrat verabschiedet. Er hat den Kredit gesprochen. Er hat das Konzept gutgeheissen. Es ist relativ starr. Ich bedaure das auch ein wenig, aber es ist so. Es ist starr. Und ich muss sie darum bitten, das Postulat abzulehnen.

Felix Keller, Präsident: Die Diskussion ist offen. Sie können sich bei Frau Pozivil melden.

Susanne Amrein, CVP-Fraktion: Ich möchte meiner Wortmeldung vorausschicken, dass ich einen Tageskindergarten eine ganz tolle und absolut notwendige Sache finde. Eine Menge Leute, die ein Eigenheim erwerben wollen, schauen, in welcher Gemeinde ihre Kinder am besten bereut werden. Dabei ist auch ein Tageskindergarten ein Kriterium. Wir sollten das immer im Auge behalten. Was das Postulat angeht, bin ich der Meinung, dass 650 Franken ein sehr guter Preis ist. Er ist nicht hoch, das weiss ich aus eigener Erfahrung, ich habe selber ein kleines Kind. Insofern finde ich da eine Reduktion doch fraglich. Was die soziale Durchmischung angeht, die angesprochen wird, möchte ich etwas sagen: Wenn man die besser Verdienenden dazu bringt, dass sie mehr zahlen, dann hat das auch zur Folge, dass sie teilweise ihre Kinder dann in privaten Tageskindergärten betreuen lassen. Mit so einem Sozialabzug kann man absolut das Gegenteil bewirken, das hat man auch in anderen Gemeinden schon gesehen. Ich denke darum, dass das nicht eine gute Idee ist, und ich empfehle Ihnen, das Postulat nicht zu überweisen.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Also mir fehlt beispielsweise der Geschwisterrabatt. Als wenn wir damit weiterfahren und die Fortsetzung kommen soll, nämlich eine Tagesschule, spätestens dann müssen wir einen Geschwisterrabatt einführen. Und ich finde, das gehört auch jetzt schon, das fehlt mir sehr. Mich dünkt einfach, wenn man da zwei verschiedene Systeme einrichtet, dann ist es für mich, als wollte man diesen Tageskindergarten gar nicht richtig. Also es geht nicht darum, dass das grundsätzlich zu teuer ist. Sondern wir haben jetzt wirklich etwa sechs ganz verschiedene Angebote. Die müssen doch alle über einen Leisten gehen. Sonst, denke ich, ist das für die Eltern nicht einsehbar, dass eines davon einfach nur Fixkosten haben soll.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Herr Gemeinderat Giger sagte, er könne nicht mehr machen, als „berechnen“. Das ist richtig. Aber dieses Berechnen gibt ja auch einen Hinweis auf die nächste Planung. Diese Berechnung ist nicht morgen da. Wir müssen die Zahlen abwarten, was läuft in dem Kindergarten überhaupt, wie ist er besucht, wer kommt herein, wie sieht es aus mit zwei Kindern aus der gleichen Familie, die drin sind? Es gäbe eine Grundlage zum Weitermachen. Der Weg wäre dann eventuell in dieser Beziehung abgedeckt. Das ist ein Postulat, das heisst: Schau, wo es langgeht. Und wenn wir am Schluss merken, wir müssen weitergehen, der *Kindsgi* ist voll, dann kann es unter Umständen auch einen Antrag geben auf Änderung des Anfangs. Ich denke, lassen wir das einmal planen, wo geht's lang, was käme auf uns zu. Und vor allem, warten wir mal ab, wie die Auslastung ist zum Starten. Und das miteinander kombiniert, gibt eventuell eine Allee: Wir haben zwei Sachen, die diese Idee weiterlaufen lassen. Ich bin dafür, das einmal prüfen zu lassen.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Nochmals: Das Wort habe ich vergessen, als ich vorhin sagte, ich würde das „rechnen“. Denn das haben wir schon einmal getan. Als das Konzept hier vorgeschlagen wurde, wussten wir, dass es, wenn wir einen Subventionsschlüssel haben, nicht kostendeckend sein kann. Das Konzept war darauf ausgerichtet und schloss einen Subventionsschlüssel aus. Also ich kann jetzt höchsten sagen, wir rechnen es nochmals. Aber das ergibt keinen Sinn, wenn ich nochmals berechne, dass es dann nicht kostendeckend sein wird. Und was passiert dann, wenn Sie das dann nochmals von mir hören als Behandlung eines Postulats? Wenn ich nochmals sage, das ist dann nicht kostendeckend? Dann bekommt ihr einen Lachkrampf und sagt: Das wäre aber jetzt nicht nötig gewesen. Aber ändern tut sich nichts. Es ändert nichts daran, dass wir ein Konzept haben, das drei Jahre lang seine Gültigkeit hat. Dafür haben Sie sich ausgesprochen. Das müsste auf einem anderen Weg gehen, wenn man das Konzept abändern wollte. Aber nochmals, auch für Frau Gabi Huschke: Ich bedaure es, dass wir es uns von Anfang an nicht leisten konnten, ein Konzept mit einem Subventionsschlüssel zu machen. Ich bin sicher, dass wir in nächster Zeit, in den Jahren, während derer wir das Pilotprojekt haben, die Frage nicht werden unbeantwortet lassen, und dass wir für eine mögliche Tagesschule garantiert eine andere Lösung anstreben müssen. Das ist für mich klar. Aber auch klar ist, dass ich das jetzt nicht verändern kann. Auch wenn ich das Postulat jetzt beantworten würde – das Konzept für drei Jahre, wie es der Einwohnerrat – urbi et orbi – abgesegnet hat, lässt sich nicht verändern.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Also dieses Angebot hier ist ein sehr, sehr günstiges. Wenn man in ein Tagesheim gehen und dort offerieren lassen wollte, kostet es x-mal mehr; und wenn es dort dann subventioniert ist, dann ist das auch logisch. Da reden wir dann von 1'000, 2'000 bis 2'500 Franken pro Monat. Und hier geht es um 650 Franken. Also wenn jemand das Angebot braucht, dann, denke ich, ist es auch finanzierbar.

Gabriela Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich merke: Ich bedaure, dass ich nicht vor drei Jahren hier drin war. Aber ich sehe es so, dass ich mein Postulat zurückziehe und dafür sorgen möchte, dass es dann weitergeht. Dass es dann so kommt, wie ich das hoffe. Und vor allem, wenn dann hintendran auch noch diese Tagesschule folgt.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Mein Votum wird nicht lange dauern, versprochen. Ich möchte doch dem Gemeinderat beliebt machen, er soll sich einmal Gedanken machen über eine allgemeine Rabattkarte für Einwohner von Allschwil, vor allem für solche, die angeblich nach Allschwil ziehen sollten, nur weil es dort so tolle Kinderangebote hat, die so preiswert zu haben sind. Das sind nicht die Steuerzahler, die uns das Geld geben, um diese Vergünstigungen zu zahlen. Nicht solche Leute müssen wir primär anziehen. Und wir müssen jetzt einfach einmal aufpassen, dass wir nicht für jedes Kreti-und-Pleti-Unternehmen eine extra Leistungsvereinbarung und einen Subventionsschlüssel machen müssen. Sagen wir doch einfach mal: das erste Kind hat soviel Prozente, das zweite soviel. Dann können wir uns einen Haufen Zeit sparen.

Felix Keller, Präsident: Damit ist die Diskussion abgeschlossen. Wir kommen jetzt zum Info-Fenster des Gemeinderates.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS:

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Meine Kollegin Nicole Nüssli hat mich gebeten, mich kurz zu fassen. Ich darf Sie kurz aus den Einwohnerdiensten informieren: Ende Jahr hatten wir in Allschwil 19'188 Einwohner. Es ist also wieder ein bisschen angestiegen. Und zusammen mit den Wochenaufenthaltern sind es sogar 19'261 Leute, die hier während der Woche wohnen. Die genaue Statistik finden Sie auf der Homepage. Zurzeit steht dort noch die Version per Ende 3. Quartal, aber bis in ein paar Tagen wird das sicher aktualisiert sein.

FRAGESTUNDE

Felix Keller, Präsident: Es wurden sechs schriftliche Fragen eingereicht. Ich nehme an, Sie haben sie alle auf dem Tisch. Ich möchte einfach nochmals darauf hinweisen, dass man Fragen zu aktuellen Themen stellen sollte. Was gröber ist und mehr Abklärungen braucht, dafür sollte man doch das Instrument der Kleinen Anfrage benutzen.

FRAGE 1, Thema „familienergänzende Kinderbetreuung“

Von den Tagesheimen Allschwil weiss ich, dass es eine lange Warteliste gibt. Es gibt Eltern, welche schon mehrere Jahre auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind warten. Von der Leistung der Tagesheime weiss ich (als Stiftungsrätin), dass im Departement „soziale Dienste“ im Jahr 2008 durch Herrn Siegrist eine statistische Erhebung aller Anfragen zu familienexterner Kinderbetreuung gemacht worden ist.

Gern würde ich in diese statistische Erhebung Einblick erhalten, um Folgendes herauszufinden: Welche Bedürfnisse können wir mit dem bestehenden Angebot in unserer Gemeinde abdecken? Welche Lücken im Betreuungsangebot gibt es noch zu schliessen?

Gabi Huschke, SP/EVP, 13.01.2009,

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Ich gehe davon aus, dass Sie die Frage alle vor sich haben. Frau Huschke fragt: „Gerne würde ich in die Statistik (die im Departement Soziale Dienste geführt wird) Einblick erhalten, um Folgendes herauszufinden...“ Ich gehe davon aus, dass sie gerne die Zahlen aufgelistet hätte, um dann zu wissen, wie die Warteliste ist, und wie sich die zusammensetzt. Der Stand ist per 31.12.2008: Es waren insgesamt 109 Kinder für einen Betreuungsplatz in einer Institution angemeldet. Ich habe da auch die Statistik [Folie]: So ist die Zusammensetzung. Auch noch nicht auf der Welt befindliche Kinder sind angemeldet, nämlich 25. Von null bis 4 Jahren sind es 69. Von 5 bis 12 Jahren 15, und von 13 und mehr Jahren sind es null, also total 109 Anmeldungen. Die erforderlichen Betreuungszeiten variieren sehr stark. Generell kann man sagen, dass ein Grossteil der Eltern eine teilzeitliche Betreuung im Umfang von ca. 40 % sucht. Auch da habe ich eine Folie, auf der man dies ein wenig besser sieht. Bis 40 % sind es 54 Kinder; 40 bis 60 %: 16 Kinder, und 60 bis 100 %: 39. Zusammengefasst und umgerechnet sind das rund 59 Ganztageszeitplätze, die noch offen sind. Wie ihr alle wisst, besteht beim Tagesheim ein Angebot ab 40 %. Das heisst, der grösste Teil sucht über den Tageselternverein eine andere Lösung, weil eben das Angebot in den Tagesheimen erst ab 40 % besteht. Im vergangenen Jahr haben sich 10 Familien von der Warteliste abgemeldet, weil sie anderenorts eine Betreuung gefunden haben. Und 25 Kinder können von der Warteliste gestrichen werden, weil sie beim Tageselternverein oder in einem der Tagesheime einen entsprechenden Betreuungsplatz gefunden haben. Das sind die statistischen Zahlen, die Sie wollten.

Felix Keller, Präsident: Frau Huschke, sind Sie zufrieden mit der Antwort?

Gabriela Huschke: SP/EVP-Fraktion: Ja

Felix Keller, Präsident: Frage 2, betr. Öffentlicher Verkehr, Buslinie 61 / 64, ist von mir selber. Ich trete daher schnell in den Ausstand, und Frau Pozivil übernimmt die Leitung.

FRAGE 2, Thema Öffentlicher Verkehr, Buslinie 61 / 64

1.) Seit dem letzten Fahrplanwechsel im Dezember 2008 wurde die Buslinie 61 an der Fabrikstrasse eingekürzt und fährt nicht mehr bis ins Dorfzentrum.

Hierzu meine folgende Frage:

- Wird die provisorische Bushaltestelle der Linie 61 beim Schulhaus Schönenbuch nun aufgehoben und der ursprüngliche Zustand mit Parkplätzen wieder eingeführt?

2.) Laut der 6. Generellen Leistungsvereinbarung (2010 – 2013) mit dem Kanton soll auf den Fahrplanwechsel Ende dieses Jahres die neue Buslinie 64 realisiert werden. Diese Tangentiallinie soll Allschwil vom Bachgrabengebiet aus über das neue Wohnquartier "Ziegelei" nahezu direkt mit dem Gymnasium Oberwil verbinden – ein lang ersehnter Wunsch – und soll weiter über Therwil, Rei-

nach bis Arlesheim gehen (auch eine direkte Anbindung beim Bahnhof Dornach/Arlesheim an die SBB!) Laut Medieninformation des Gemeinderates vom 25.09.2008 ist aber wegen den noch fehlenden Strassenbauten im Ziegeleiareal die Einführung auf Ende 2009 gefährdet.

Hierzu meine folgenden Fragen:

- Prüft nun der Gemeinderat zusammen mit dem Kanton Alternativrouten?
- Wenn ja, wie könnten diese aussehen?
- Kann die Einführung der neuen Buslinie 64 per Ende 2009 in Aussicht gestellt werden?

Felix Keller-Maurer, Einwohnerrat CVP, 14.01.2009

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Hier geht es um die zwei Buslinien 61 und 64. Zur ersten Frage, Buslinie 61, die neu am Fabrikstrasse/Binneringerstrasse-Kreisel den Endaufenthalt hat und nicht mehr im Dorf: Deshalb braucht es in der Klarastrasse keinen Parkplatz mehr für den Bus. Diese Markierung wird entfernt, und das wird auch so bleiben. Denn jetzt ist die Haltestelle Bus 61 definitiv beim Fabrikstrasse-Kreisel.

Bei der 2. Frage gibt es drei Unterfragen. Sie betrifft die zukünftige Buslinie 64, die von Allschwil nach Oberwil und dann weiter ins Leimental geht. Da ist die Frage: Prüft nun der Gemeinderat zusammen mit dem Kanton Alternativrouten? Ja, das ist der Fall; da hat auch bereits ein erstes Gespräch stattgefunden. Die zweite Frage heisst, wenn ja, wie könnten diese aussehen? Da gibt es natürlich mehrere Sachen, die abgeklärt werden müssen. Nämlich ob es überhaupt technisch möglich ist, eine andere Route zu wählen für die Strecke Allschwil – Oberwil, also ob es Platz hat, ob die Kurvenradien ausreichen, ob der Fahrplan gehalten werden könnte etc. Dann sind natürlich auch die Kosten für die Einrichtung von Haltestellen zwischen Allschwil und Oberwil ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Linienführung. Und zudem ist auch der Widerstand wichtig, wenn man die Buslinie jetzt um das Ziegeleiareal herumführt nach Oberwil und dann später die Buslinie wieder verlegen würde, dann könnten gewisse Fahrgäste nicht sehr erfreut sein, wenn man die Buslinie dort wieder wegnehmen würde. All diese Überlegungen werden jetzt im Moment geprüft, und dann werden wir sehen, welche Busroute gewählt werden wird. Dann die dritte Teilfrage: Kann die Einführung der neuen Buslinie 64 per Ende 2009 in Aussicht gestellt werden? Dort ist es so: Der Kanton Baselland hat uns mitgeteilt, dass im Leistungsauftrag des öffentlichen Verkehrs 2010 bis 2013 die Einführung der Buslinie 64 vorgesehen ist auf den Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres. Der endgültige Entscheid obliegt da aber dem Baselbieter Landrat.

Ursula Pozivil, 1. Vizepräsidentin: Ich frage Herrn Keller an, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Felix Keller, CVP-Fraktion: Ich habe noch schnell eine Nachfrage. Bei Frage 1 hatte ich gefragt, ob der ursprüngliche Zustand mit Parkplätzen wieder eingeführt wird. Ist das so?

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Jawohl, es ist so, dass diese Parkplätze an der Klarastrasse wieder hergerichtet werden.

FRAGE 3: Themen Aldi Geschäft / Kinderbetreuung

1. Ist die Einrichtung des Aldi-Geschäfts vor dem Baucenter beim Bachgraben zonenkonform, resp. unterliegt das nicht der QP Pflicht?

2. In letzter Zeit wird im ER viel über (u.a. familienexterne) Kinderbetreuung diskutiert.

- Gibt es eine Studie oder ein Gesamtkonzept, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis der verschiedenen Modelle analysiert und sie einander gegenüberstellt? (Ich denke, dass das je nach Alter des Kindes sehr verschieden sein kann.)

- Wenn ja, bei welchem Modell ist die Effizienz am grössten:

a) Betreuung durch Elternteile selber

b) Tagesheim

Tagesmutter/vatersystem

d) Tageskindergarten

e) Tagesschule

- Wird aufgrund der (hoffentlich vorhandenen) Erkenntnisse das jeweilige System mit der grössten Effizienz unterstützt und gefördert?
Christoph Benz, EVP, 15.01.2009

(zu Ziff. 1) **Gemeinderat Christoph Morat**, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich kann den ersten Teil der Frage von Herrn Benz beantworten. Sie lautet ja: Ist die Einrichtung des Aldi-Geschäfts vor dem Baucenter beim Bachgraben zonenkonform, resp. unterliegt das nicht der Quartierplan-Pflicht? Herr Benz hat das ganz richtig erkannt, das unterliegt der Quartierplanpflicht, und da besteht noch ein uralter Quartierplan aus dem letzten Jahrtausend. Er wurde 1996 im Einwohnerrat beschlossen, 1998 abgeändert. Seither ist das Projekt nochmals geändert worden; der Änderung hat der Gemeinderat zugestimmt, und somit ist das an und für sich mit rechten Dingen zugegangen, dass dort Verkaufsflächen eingerichtet werden dürfen. Erlauben Sie mir noch kurz eine Bemerkung. Am 16. Oktober 2008 hat ja der Landrat die entsprechenden Artikel abgeändert. § 51 Abs. 1 und 2. „Neue Verkaufseinheiten für Waren des täglichen und periodischen Bedarfs sind zulässig in den Wohn-, Wohn- und Geschäfts- und Zentrumszonen bis zu einer Nettoladenfläche von 1'000 Quadratmetern“, und dann: „in den Gewerbe- und Industriezonen bis zu einer Nettoladenfläche von 500 Quadratmetern“. Und dann im 2. Absatz: „Neue Verkaufseinheiten für Waren des täglichen und periodischen Bedarfs mit einer Nettoladenfläche von mehr als 1'000 Quadratmetern in Wohn- Wohn- und Geschäfts-, Kern und Zentrumszonen, und solche mit mehr als 500 Quadratmetern in Gewerbe- und Industriezonen unterstehen der Quartierplanpflicht und sind unter Berücksichtigung der Grundsätze der kantonalen und kommunalen Raumordnung zulässig.“ Insofern ist das richtig. Der Gemeinderat hat in einer Medienmitteilung vom 30. Oktober 2008 verkündet, dass der Zonenplan Siedlung und das Zonenreglement Siedlung geändert wurden, hat aber auch gleichzeitig seinen Unmut kundgetan über die Regelung, wonach der Regierungsrat es uns abspenstig gemacht hat, dass in dem „Arbeitsgebiet mit kantonalen Bedeutung“, also im linksufrigen Bachgrabengebiet, nach wie vor mittels Quartierplan derartige Läden gebaut werden dürfen.

(zu Ziff. 2) **Gemeinderat Arnold Julier**, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Mit dieser Frage wird es doch ein wenig kompliziert. Es ist eine Frage, zu der ich, auch wenn ich dafür jetzt einige Stunden einsetzen musste, nicht alle Antworten gefunden habe; und die wird auch niemand anderes finden. „Gibt es eine Studie oder ein Gesamtkonzept, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis der verschiedenen Modelle analysiert und sie einander gegenüberstellt?“ Das ist eine ganz komplexe Frage und auf unserer Basis sicher nicht zu beantworten. Da müsste man schon fast mit einem Nationalfonds kommen, um das abklären zu können, oder eine Uni-Studie daraus machen, weil auch noch viele offene Fragen bestehen: Was ist denn vorhanden? Und was muss man gegenüberstellen? Also wie gesagt, sehr komplexe Fragen, und die kann man nicht so einfach beantworten. Aktuell ist mir nur das Gesamtkonzept „Familienfragen Basel-Landschaft“ vom 4. Juli 2004 bekannt. Und in diesem Konzept wurde die Effizienz nicht untersucht. Auch ist nirgendwo etwas erwähnt über das Verhältnis zwischen den verschiedenen Modellen. Auch im Vernehmlassungsentwurf an den Landrat zum Gesetz über familienergänzende Kinderbetreuung sind keine Kosten-Nutzen-Verhältnisse der verschiedenen Modelle aufgeführt. Also in dem Sinne muss ich sagen: keines vorhanden.

Unterfrage 2 – „Wenn ja, bei welchem Modell ist die Effizienz am grössten?“ –erübrigt sich eigentlich, da die Antwort auf die erste nicht ja ist, sondern es kein Gesamtkonzept gibt. Doch möchte ich auch fragen: Welche Effizienz ist denn eigentlich gemeint? Sind es die Kosten pro Kind und Jahr? Oder geht es um die Sozialisierung – hat das Kind eine positive Entwicklung erlebt? Bei welchen Zielgruppen soll man diese Entwicklung messen, und was soll untersucht werden? Einkindfamilien? Zweikindfamilien? Scheidungskind? Alleinerziehendenkind? Oder braucht es eine Langzeitstudie über extern betreute im Vergleich zu Kindern, die nur von den Eltern betreut werden? Das sind alles Fragen, die man da mitberücksichtigen müsste. Die verschiedenen Betreuungen – Betreuung durch Elternteile, Familienmitglieder – da bin ich der Meinung, das ist nach wie vor das Effizienteste, sowohl bei den Kosten wie auch bei der Sozialisierung. Die Nutzung der anderen familienergänzenden Betreuungsformen sind je nach Bedürfnissen der Erziehungsberechtigten unterschiedlich, deswegen ist es auch wichtig, das man verschiedene Modelle hat – Tagesheim, Tagesmutter/vatersystem, Tageskindergarten, Tagesschule – das sind alles Dinge, die man braucht. Man hat es auch in der Statistik gesehen, was gewünscht wird und welche Angebote da sind.

Unterfrage 3 – „- Wird aufgrund der (hoffentlich vorhandenen) Erkenntnisse das jeweilige System mit der grössten Effizienz unterstützt und gefördert?“ – Da muss ich sagen, dass wir eigentlich alle Modelle fördern sollten. Wo der Bedarf besteht, tun wir das auch. Was wir nicht fördern, oder nichts vorhanden ist, das ist dort, wo es Eltern oder Familienangehörige selber machen.

Felix Keller, Präsident: Herr Benz, sind Sie zufrieden mit der Antwort?

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich bin insofern zufrieden mit der Antwort. Unglücklich bin ich darüber, dass das für mich heisst, dass es immer noch ein wenig konzeptlos ist, was wir in Allschwil machen. Das tönt jetzt sehr hart. Ich merke, dass wir vieles anreissen, was gut ist – Tagesschule, Tageskindergarten, wir haben den Tagesmütterverein usw. Was Sie ansprachen, wenn Eltern oder Grosseltern mithelfen, Kinder oder Grosskinder grosszuziehen, dass das auch eine Bedeutung hat, finde ich unterstreichenswert. Mein Wunsch wäre, dass ein wenig mehr Konzept hineinkommt. Wenn ich als Vertreter von Steuerzahlern auch gerne unterstütze, was sozial ist, so möchte ich das Geld doch effizient und effektiv eingesetzt haben. Dort wünsche ich mir noch ein wenig mehr Konzept.

FRAGE 4: Thema „Altersgerechtes Wohnen“

An der letzten ER-Sitzung vom Dezember 2008 hat der Gemeinderat die Interpellation zum Thema Wohnen im Alter behandelt. Dazu haben wir noch ein paar Anschlussfragen:

- 1) Hat der GR ein gemeinderätliches Projekt „altersgerechtes Wohnen“ gestartet? (vgl. AWB-Interview 13. Oktober 2006, und Budget 2008 – CHF 10'000. – S. 85 Kto 581.318)
 - 2) Hat der GR nun Kontakt mit ausgewiesenen Fachpersonen? (z.B. Herr Hübschle aus Allschwil, siehe Prot ER 11.12.07)
 - 3) Ist der GR auch bereit, auf genossenschaftlicher Basis das Thema „Altersgerechtes Wohnen im Alter“ aktiv anzugehen? (vgl. Projekte in Muttenz, Bottmingen, Lausen etc.)
- Andreas Bammatter, namens der SP/EVP-Fraktion, 21.01.2009

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Zu Ziff. 1) muss ich sagen: das Projekt gibt es eigentlich gar nicht. Das heisst nämlich nicht so. Die Projektgruppe heisst „Konzept Betreuung und Pflege im Alter“, und dort ist das Wohnen im Alter enthalten. Also es geht nicht nur um das Wohnen, sondern um die Betreuung und Pflege im Alter, also auch Spitex, Alterszentrum, externe Leistungserbringer, Pflege zu Hause usw. Der Plan war, dass man die Fertigstellung des Alterszentrums macht, die Beendigung des Aus- und Erweiterungsbaus. Das ist ja jetzt abgeschlossen, wir haben letztes Mal darüber berichtet. Dann ging es um den Abschluss der Leistungsvereinbarung mit dem Alterszentrum. Das ha relativ lang gedauert, weil in der Phase, als wir das ausarbeiteten, viele gesetzliche Veränderungen kamen, und der NFA kam noch dazu. Das alles gab Rückschläge, und dadurch hat dies sehr lang gedauert. Zurzeit ist man an der Leistungsvereinbarung Spitex, die in Bearbeitung ist. Und im Weiteren sammeln wir Zahlenmaterial für Bedürfnisabklärung in dem Bereich.

Zu Ziff 2): Wir haben ein Projektteam, zusammengesetzt aus dem Projektleiter Daniel Sigrist von den Sozialen Diensten. Dann haben wir Karl Gersbach, Stiftungsrat aus dem Alterszentrum, und Peter Kuri, Leiter Spitex Allschwil-Schönenbuch, sowie Raphael Müller. Und bei Bedarf werden weitere Personen, etwas aus den Bereichen Hochbau oder Finanzen, Einwohnerdienste, Sicherheit dazugenommen. Und selbstverständlich bin ich selber auch in dieser Arbeitsgruppe. Externe sind noch nicht beigezogen worden. Die Projektgruppe wird bei Bedarf entscheiden, welche externen Experten beigezogen werden müssen. Und da wird sicher auch Herr Hübschle kontaktiert und kann sein Know-how allenfalls einbringen, wenn die Projektgruppe das so will.

Zu Ziff 3): Wie ich schon sagte, ist der Gemeinderat sicher bereit, alle Wohnformen in Betracht zu ziehen. Und selbstverständlich wird auch die Möglichkeit eines Wohnens auf genossenschaftlicher Basis geprüft. Investoren sind vorhanden, jedoch nicht gerade für die genossenschaftliche Basis. Platz haben wir eigentlich auch. Da haben wir ja Wegmatten, wo wir ja schon einmal Alterswohnungen gehabt hätten. Und der Baurechtszins, den man dort bekommt, der würde uns finanziell auch gut tun.

Felix Keller, Präsident: Herr Andreas Bammatter, sind Sie zufrieden mit der Antwort?

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Zu Frage 2) hätte ich noch eine kleine Anschlussfrage: Wie oft trifft sich das Projektteam regelmässig? Monatlich? Jährlich? Oder wie oft hat es sich schon getroffen?

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Also gesamthaft hat es sich in dem Sinne noch nie getroffen, weil alle immer irgendwie involviert waren mit den Leistungsvereinbarungen, mit dem Umbau Alterszentrum und mit der Leistungsvereinbarung Spitex. Aber wir sind schon immer wieder zusammengekommen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Gut, ich habe keine Fragen mehr. Aber ich möchte doch auf Daten hinweisen, die in diesen Fragen festgehalten sind: 2006, 2007, jetzt sind wir bei 2009. Ich bitte doch, dass man da ein wenig vorwärts macht.

FRAGE 5, Thema Schutzraumzuteilung im Katastrophenfall

Jede Einwohnerin und jeder Einwohner hat im Fall eines bewaffneten Konflikts, aber auch bei Katastrophen und in Notlagen Anspruch auf einen Platz in einem Schutzraum in der Nähe seines Wohnortes. Voraussetzung für den Bezug ist, dass jedermann und jedefrau weiss, in welchen Schutzraum man sich im Katastrophenfall zu begeben hat. In Allschwil wird diese Zuteilung – im Gegensatz zu anderen Gemeinden – auf Anfrage hin nicht bekannt gegeben.
Es ist leicht einzusehen, dass im Katastrophenfall (Beispiel: Brand in Schweizerhalle, gravierende Störung im nur 40 km entfernten AKW Fessenheim) die Schutzräume möglichst rasch aufgesucht werden müssen und keine Zeit für eine Orientierung vor Ort bleibt. Die Mitglieder des Zivilschutzes werden in diesem Moment zudem wohl andere dringende Aufgaben zu erfüllen haben.
Ist der Gemeinderat deshalb bereit, die Schutzraumzuteilung im Voraus bekannt zu geben – zum Beispiel wie in Basel durch Anschlag an jedem bewohnten Gebäude?
Kathrin Gürtler, FDP, 15.01.2009

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Für die Beantwortung der Frage von Kathrin Gürtler habe ich Unterstützung bekommen vom Zivilschutzkommandanten. Er hat mir Anfang Woche eine umfassende und informative Antwort über 3 Seiten zugestellt. Wenn diese Frage als Kleine Anfrage gem. § 46 ER-Reglement eingereicht worden wäre, dann könnte ich dem Rat jetzt auch eine umfassende Antwort schriftlich zustellen. Da die Frage aber im Rahmen der Fragestunde – § 47 – eingereicht wurde, muss ich mich auf eine kurze mündliche Antwort beschränken. Das heutige Konzept des Bevölkerungsschutzes Schweiz verlangt nur die Erstellung von genügen Schutzräumen, nicht aber die sofortige Verfügbarkeit. Schutzräume können auch als Lagerraum, Übungsraum, Velokeller, Weinkeller etc. zwischengenutzt werden. Sie stehen also nicht sofort zur Verfügung. Eine Instandstellung dieser Schutzräume wird erst dann über einen Zeitraum von mehreren Monaten bis Jahren erfolgen, wenn dies vom Bundesrat so angeordnet wird aufgrund einer höheren Risikosituation. Wenn jetzt kurzfristig Notunterkünfte benötigt werden, zum Beispiel weil ein Haus nach einem Brand nicht mehr bewohnbar ist und die Leute kurzfristig ein Dach über dem Kopf brauchen, dann haben wir in Allschwil sofort 439 Betten in Zivilschutzunterkünften parat, und innert eines halben Tages können wir nochmals weitere 270 Betten bereitstellen. Hingegen wenn es um eine schwere Katastrophe geht – zum Beispiel ein starkes Erdbeben – dann sieht das Konzept des Bevölkerungsschutzes Schweiz vor, dass dann die Hilfe von ausserhalb des Katastrophengebietes kommen muss. Ich hoffe, ich konnte damit Ihre Frage beantworten.

Felix Keller, Präsident: Frau Gürtler, sind Sie zufrieden mit der Antwort? – Gut. Wir kommen zum Fragenblatt 6.

FRAGE 6: Themen Projekt Coop Mineralöl AG / Spielplatz Tramstation Kirche

1. Hat der GR zusätzliche Informationen erhalten bezüglich des Projektes der Coop Mineralöl AG auf der Parzelle A-1005 an der Baslerstrasse? Gab es weitere Gespräche zwischen der Gemeinde und der Coop Mineralöl AG?
2. Was geschieht mit dem Spielplatz bei der Tramstation Kirche? Denkt der Gemeinderat an eine Verschönerung oder an neue Spielgeräte? So, wie sich diese Parzelle zurzeit präsentiert, gehört diese zu den Unorten unserer Gemeinde, was eigentlich schade ist.
Julia Gosteli, Nedim Ulusoy, Rita Urscheler, Grüne Allschwil, 21.01.2009

(zu Ziff. 1) **Gemeinderat Christoph Morat**, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ja, zur ersten Frage wiederum darf ich mich da äussern. Der Gemeinderat hat im Moment keine neuen oder zusätzlichen Informationen zu diesem Projekt. Es gab auch keine Gespräche zwischen Coop Mineralöl und der Gemeinde, dieses Projekt betreffend. Das Geschäft liegt nach unserer Kenntnis beim Bauinspektorat, resp. bei der Baurekurskommission, und die Rolle der Gemeindeverwaltung oder des Gemeinderates war vor allem in der Phase der Baubewilligung gegeben. Im Moment allerdings läuft das auf dem ganz normalen Bewilligungsweg, und der ist bei uns über den Kanton. Eigentlich wäre der Kanton der richtige Ansprechpartner für diese Fragen. Wir können nur dies hier wiedergeben.

(zu Ziff. 2) **Gemeinderat Robert Vogt**, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt: Beim Spielplatz an der Tramstation Kirche ist es so, dass der auch schon von Vandalismus betroffen worden ist. Deswegen sieht er vielleicht nicht mehr ganz frisch aus. Aber der Spielplatz ist noch absolut gut benutzbar, und wir haben nicht im Sinn, den in nächster Zeit speziell aufzurüsten oder zu vergrössern. Deswegen denke ich, dass wir den so lassen würden, wie er ist.

Felix Keller, Präsident: Ich frage die Grüne Fraktion an, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Also ich finde, das ist einfach ein wenig ein Unort. Es ist nicht *amächtig* dort, und ich sehe praktisch nie Kinder dort spielen. Aber das ist vielleicht einfach eine Ansichtssache.

Felix Keller, Präsident: Damit sind wir fertig mit den schriftlichen Fragen, die eingereicht wurden. Gibt es noch aktuelle mündliche Fragen?

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe meine Fragen vorhin schriftlich dem zuständigen Gemeinderat gezeigt und lese sie jetzt vor. Es ist nichts Kompliziertes. Und zwar geht es darum, dass die SKOS bezüglich der Verwandtenunterstützung ja neue Empfehlungen abgibt. Darum sind meine Fragen, erstens, wie diesbezüglich das Ermessen der Allschwiler Behörden bisher ausgeübt wird. Zweitens, ob es aufgrund dieser Empfehlungen jetzt eine Praxisänderung ergibt. Und drittens, wie verbindlich überhaupt solche SKOS-Empfehlungen für die Gemeinde Allschwil sind.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Das ganze Verwandtenunterstützungswesen läuft komplett über den Kanton. Dazu hat Allschwil null und nichts zu sagen. Wir bekommen einen Brief, in dem steht: „Wir haben festgestellt, dass eine Verwandtenunterstützung möglich ist“, und ob etwas dagegen spreche, dass man die Verwandtenunterstützung einleite. Und dann können wir sagen ja oder nein, aber in der Regel ist es immer so, dass es eingeleitet werden kann. SKOS-Richtlinien sind ja eben Richtlinien, und wie man die umsetzt, ist wieder Sache des Regierungsrates Baselland. Er legt in der Verordnung fest, diese Richtlinie nehmen wir an, oder wir passen sie allenfalls an. Und verbindlich für Allschwil – wir haben damit nichts zu tun, sage ich jetzt, mit der Verwandtenunterstützung, sondern das läuft alles komplett über den Kanton. Und je nachdem wie die Verordnung ist, werden diese Richtlinien komplett, wie sie von SKOS heruntergegeben werden, oder nur teilweise oder gar nicht angewendet. Da ist der Regierungsrat völlig frei.

Felix Keller, Präsident: Herr Siro Imber, sind Sie zufrieden mit der Antwort? – Er nickt. – Gibt es noch weitere mündliche Fragen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir fahren weiter in der Traktandenliste.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Die Fragen sind schriftlich beantwortet. Und es bleibt mir lediglich, die Interpellantin zu fragen, ob sie noch weitere, präzisere oder sonstige Antworten wünscht.

Gabriele Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ja, ich habe noch ganz wenig, was ich hier noch betonen wollte. Das Erste ist das mit der Flexibilität. Das finde ich etwas Wunderbares, dass das jetzt so gekommen ist. Ein wenig in letzter Minute, und ich möchte gern anregen, dass man das nächste Mal, wenn man beispielsweise an diese Tagesschule ginge, von Anfang an das Prinzip mit einem flexiblen Angebot gestaltet. Das finde ich etwas ganz Wichtiges, dass Eltern nämlich genau nach ihren eigenen Bedürfnissen die Kinder fremdbetreuen lassen können. Das ist da auf S. 5 in der Mitte. Der zweite Punkt, den ich noch erwähnen wollte, auch Seite 5 unten, da heisst es „Die Betreuungszeiten werden durch eine Sozialpädagogin / einen Sozialpädagogen abgedeckt“. Ich würde da empfehlen, dass man da eine Fachperson Betreuung anstellen sollte. Das ist eine Person, die genau dieses Alterssegment abdeckt und auch Praktikantinnen anleiten darf, und solch eine Person ist billiger als eine studierte oder überqualifizierte Sozialpädagogin. Und das Dritte, darauf möchte ich jetzt doch auch noch zu sprechen kommen, das steht zuhinterst bei Frage 9 zum Thema Tagesschule. Das ist eine relativ zurückhaltende Antwort. Das habe ich eigentlich auch so erwartet. Ich möchte nur etwas dazu sagen: Wenn man Kinder in den Tagesheimen Allschwil anmeldet, und sie werden aufgenommen, dann hat man die Gewähr, dass die Kinder, bis sie mindestens in die Sekundar-Stufe kommen, von diesen Tagesheimen betreut werden. Das heisst, man hat eine Sicherheit von mehreren Jahren. Und wenn jetzt diesen Tageskindergarten anschaut, da hat man eine Sicherheit von einem bis zwei Jahren, so, wie das jetzt als Projekt angefangen wurde. Ich habe mit einigen Frauen gesprochen, die sagten: Ich traue mich jetzt nicht, ein Job anzunehmen und mein Kind in den Tageskindergarten anzumelden. Das ist mir zu unsicher, und nachher lande ich vielleicht wieder auf einer Warteliste. Also ich möchte hier wirklich nochmals dringend deponieren, dass wir mit dem Thema Tagesschule auch vorwärts machen und das in diesem Rat bald diskutieren sollten, damit eben nach dem Tageskindergarten auch etwas nachfolgt. Und ich glaube auch, dass sich auch dann erst die Leute anmelden werden, wenn sie wissen, es geht anschliessend weiter.

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Das Schöne an so einem Projekt, das sich über Jahre hinweg zieht und fast Generationen um Generationen integriert, ist, dass man immer wieder im Verlauf der Projekts das Know-how erweitern kann. Das finde ich schön, und von dem her nehme ich die Anregungen von Gabi Huschke sehr gern entgegen. Die Situation, die sie ansprach, wegen der Strategie des Gemeinderates, wie es weitergehen soll – da bitte ich um Verständnis, dass das im Gemeinderat noch nicht offiziell verabschiedet ist, so dass ich dazu nichts sagen kann. Ich habe meiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es weitergeht in dem Sinn, wie es Gabi Huschke sagt. Aber mehr kann ich dazu nicht sagen.

411 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8
Interpellation betreffend Feuerwehrmagazin,
Mathilde Oppliger-Zurschmitten, CVP-Fraktion, vom 10.12.2008
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3815

Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung: Ich möchte mich bedanken, dass wir zu diesem Zeitpunkt schon etwas zum Feuerwehrmagazin sagen können. Frau Oppliger hat am 10. Dezember diese Fragen gestellt:
„Wir haben vernommen, dass der Gemeinderat zur Realisierung des neuen Feuerwehrlokals einen TU-Vertrag abgeschlossen hat.“

Der Gemeinderat hat den TU-Vertrag weder abgeschlossen noch abgeschlossen. Sondern er hat sich einmal darum gekümmert, wie man das Feuerwehrmagazin am kostengünstigsten und so, wie wir es geplant hatten, so wie Sie es hier drin im Mai 2008 beschlossen haben, realisieren könnte. Die Ausgangslage nach dem Entscheid des Einwohnerrates stellte sich ungefähr so dar: Wir haben einen Betrag von Fr. 2'960'000, indexiert natürlich, für die Erstellung des neuen Feuerwehrmagazins zur Verfügung. Wegen der Grenze von 3 Millionen, bei deren Überschreitung man vors Volk müsste, ist dieser Betrag

schon eine obere Grenze. Weiter ist inzwischen dies passiert, dass der Partner des Architekturbüros Erni & Schneider zwischenzeitlich verstorben ist. Er hatte am meisten Kenntnis von diesem Projekt, und das hat die Situation nicht wesentlich erleichtert. Dann war die Bauteuerung im Sommer aufgrund einer guten Auslastung sehr hoch. Das heisst, allein die Teuerung hätte Fr. 119'000 mehr gekostet. Der Stahlpreis ist im 1. Quartal 2008 um etwa 30 % gestiegen, und es hat sich bis zum Entscheid des Gemeinderates vom 6. August auch keine Trendwende abgezeichnet. Im Moment fällt er wieder ein bisschen, aber wir sind niemals auf der Basis, auf der wir letztes Jahr im Frühjahr waren. Angesichts dieser Fakten beschloss der Gesamtgemeinderat auf Antrag der Abteilung Hochbau und Raumplanung am 6. August 2008, die Variante mit einem TU, also einem Totalunternehmer, erstmals zu realisieren. Daneben hat der Gemeinderat natürlich auch die Variante Einzelplaner nach der SIA-Norm 112, geprüft, das ist die klassische, wonach mit einem Architekten, und dann mit jedem Bauunternehmer, also mit jeder Sparte – mit dem Elektriker, mit dem Stahlbauer, mit dem Maler usw., was es alles braucht – je einen einzelnen Vertrag abgeschlossen wird. Die Variante mit einem Generalplaner nach SIA 112 wäre in etwa das Gleiche, d.h. man hätte ein Planungsteam, aber man hat auch wieder jeden Handwerker mit einem Einzelvertrag an sich gebunden. Und dann hätte es noch die Generalunternehmer-Variante gegeben, d.h. kam hat ein Planungsteam, das man individuell zusammensetzt, und einen Generalunternehmer, der all die Sachen dann im Unterakkord vergibt, d.h. man hätte für die Ausführung eine Ansprechperson, und für die ganzen Planungen hätte man aber dann jeweils einen Ansprechpartner. All das wurde in Betracht gezogen.

Nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen.

Frage 1: Wie kam der Entschluss zustande? – Ich glaube, das habe ich jetzt ausführlich beantwortet. Wir haben im Gesamtgemeinderat die Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten gegeneinander abgewogen und uns für die Variante mit einem Totalunternehmer entschlossen. Totalunternehmer-Variante heisst, wir haben eine Ansprechperson, und der liefert uns das Feuerwehrmagazin zu einem abgemachten Preis.

Frage 2: Warum? – Das habe ich auch schon zum Teil beantwortet. Nach einer Totalunternehmer-Ausschreibung sind alle Details, inklusive der Kosten, genau definiert. Somit ist dies diejenige Variante, die am schnellsten verbindliche Kosten ergibt. Sogar schon vor der Baueingabe wissen wir, was das Feuerwehrmagazin kostet. Die personelle Situation im planenden Architekturbüro, wie gesagt, nach dem Tod des Projektverfassers, und die personellen Ressourcen auf der Hautabteilung Hochbau und Raumplanung, dies im Kontext, haben eigentlich diesen Entscheid so herbeigeführt.

Frage 3: Hat der Gemeinderat schon einmal mit einem Totalunternehmer gearbeitet? – Die Antwort lautet nein, das haben wir noch nicht getan. Wie gesagt, dies ist das erste Mal, dass wir uns darauf einlassen.

Frage 4: Was für Vorteile verspricht sich der Gemeinderat davon? – Wie gesagt, unter Frage 2 habe ich das zum Teil schon beantwortet, es geht vor allem um das Herausfinden einer kostengünstigen Lösung, das heisst irgendwo auch einer verbindlichen Lösung.

Frage 5: Welche Funktion hat die begleitende Baukommission bei einem Totalunternehmer-Mandat? – Eigentlich, so wie wir die begleitenden Baukommissionen kennen, hat sie die gleiche Funktion. Es ist nur zeitverschoben. Es musste nämlich alles am Anfang gemacht werden. Ich komme später noch darauf zu sprechen. Die Submissionsausschreibungen sind bereits erfolgt, sind ab morgen auf dem Netz, und das Ganze erfolgt also nicht während der Bauphase. Das heisst, das Projekt wird nicht während der Bauphase weiterentwickelt oder entwickelt, sondern es ist bereits fix und fertig entwickelt, d.h. wir kennen bereits alle Details. Die Baukommissionsmitglieder wurden somit am Anfang, d.h. bis jetzt in drei Sitzungen, mehrmals belastet. Dafür sind während der Bauphase nur noch so genannte Kontrollsitzungen notwendig. Also das heisst, bei den Meilensteinen muss die Baukommission die Punkte wieder anschauen, die zur Entscheidung stehen.

Frage 6: Wird mit einem TU die Mitwirkung der begleitenden Baukommission beeinträchtigt oder in Frage gestellt? – Auf keinen Fall. Ich kann Ihnen nachher schnell sagen, wer alles in dieser Baukommission drin ist, und wie diese Baukommission zusammengearbeitet hat. Es war eine relativ grosse Gruppe. Es waren alle politischen Parteien vertreten. Die Hauptabteilung Hochbau hatte darum gebeten, bauversierte Leute in diese Gruppe zu entsenden, und das hat sich gelohnt, das hat sich durchaus gelohnt. Es war bis jetzt eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, dass wir eine vernünftige Lösung hinbekommen für dieses Feuerwehrmagazin.

Frage 7: Wie werden die Kosten- und die Projektüberwachung vorgenommen? – Auch die Zusammenarbeit mit einem Totalunternehmer kann uns nicht davon entbinden, dass wir laufend während des Projekts eine Qualitäts- und Kostenkontrolle übernehmen. Wobei das Hauptaugenmerk natürlich auf der Qualität

und der Ausführung von dem, was wir bestellt haben, liegt, und nicht auf den Kosten; denn wir haben ja einen Fixpreis.

Frag 8: Wurden Alternativen. z.B. ein GU-Vertrag, in Betracht gezogen? – Das habe ich schon bei Frage 1 zu beantworten versucht. Natürlich wurde das in Betracht gezogen. Ein Generalunternehmer ist aber nicht wirklich eine echte Alternative zu einem Totalunternehmer, denn dort haben wir immer noch die ganzen Planungskosten, die noch dazukommen würden.

Ich kann Ihnen vielleicht noch schnell sagen, wie sich die Baukommission zusammensetzt. Da hat es Delegierte des Einwohnerrates, also der im Einwohnerrat vertretenen Fraktionen: Herr Despotovic von der CVP, Herr Kröpfli von der SP/EVP, Hans-Peter Frey von der FDP/GLP und Florian Spiegel von der SVP. Wir haben Delegierte der Feuerwehrkommission, Herrn Vögeli und Herrn Salvi. Wir haben Delegierte der Feuerwehr, Herrn Michel und Herrn Meury. Vom Gemeinderat sind Thomas Pfaff und ich dabei. Aus der Gemeinde Allschwil der Sicherheitsbeauftragte sowie Walter Stammbach, Hauptabteilungsleiter Hochbau, der Gerätewart Claude Hartmann, und vom Submissionsbüro Thomas Keller von Glaser Saxer Keller, der uns die ganze Totalunternehmerausschreibung gemacht hat. Ich kann Ihnen noch etwas sagen zu den nächsten Meilensteinen, das Protokoll wurde heute Nachmittag im Gemeinderat genehmigt: Die Submissionsunterlagen sind, wie gesagt, ab morgen auf dem Internet vorhanden, ab 29. Januar kann man sie bestellen oder abholen bei der Hauptabteilung Hochbau. Bis am 13. Februar sind noch Fragestellungen der Submittenten zugelassen, die werden beantwortet an alle Submittenten bis am 27. Februar. Und am 4. Mai 2009, 16.00 Uhr ist die Offertöffnung auf der Gemeinde Allschwil. Bis 18. Mai werden die Angebote geprüft, dann gibt es wieder eine Sitzung der Baukommission, und am 20. Mai gibt es dann hoffentlich einen positiven Gemeinderatsbeschluss betreffend Auftragserteilung an einen TU-Unternehmer. Bis am 25. Mai werden wir dann den Vergabeentscheid versenden können. Dann gibt es noch Einsprachefristen. Und dann hoffen wir, dass wir am 30. Juni den Werkvertrag mit einem TU unterzeichnen können, und dann ist er abgeschlossen.

Ich hoffe, ich konnte die Interpellation beantworten.

Felix Keller, Präsident: Ich frage die CVP-Fraktion an, ob sie zufrieden ist mit den Antworten.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Diverse Leute haben schon auf die Uhr geschaut. Keine Angst, ich verlange keine Diskussion. Ich möchte nur zwei, drei Anmerkungen machen. Die Interpellation hat Mathilde Oppliger eingereicht. Sie ist heute ferienabwesend, und sie hat mich gebeten, etwas dazu zu sagen. Aus den ausführlichen Worten von Gemeinderat Christoph Morat haben wir ersehen, dieser TU ist hier drinnen doch nicht allen bekannt. Und von daher gesehen war es sicher interessant, hier zuzuhören. Ich möchte Christoph Morat danken für die ausführlichen Angaben, die er gemacht hat. Ich möchte aber auch dieser begleitenden Baukommission Dankeschön sagen. Wie wir gehört haben, hatte die die grosse akribische Aufgabe, genau zu sagen, was da hingestellt werden muss, damit wir das Ziel erreichen können. Also auch dieser Baukommission ein herzliches Dankeschön. Und ich freue mich dann, wenn wir Ende Mai das nächste Positive in dieser Sache werden hören können.

ENDE DER SITZUNG